

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin S.W., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Eine müßige Frage.

Sind die Sozialdemokraten eine Reformpartei oder eine revolutionäre Partei? Diese Frage beschäftigt jetzt Viele, die augenblicklich nichts Besseres zu thun haben. Die tief sinnigen Betrachtungen des Herrn Prof. Brentano haben wir bereits mitgeteilt. Nun sprechen sich auch die konservativen „Grenzboten“ in ähnlichem Sinne aus:

„Es ist zu hoffen, daß die Bedeutung des Umschwunges, der sich innerhalb der Sozialdemokratie hinsichtlich ihrer Kampfweise und ihrer Stellung zum heutigen Staate vollzogen hat, von allen denen begriffen werde, die auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung stehen, und daß diese Erkenntnis zu einer ehrlichen Probe führen werde, ob nicht die Sozialdemokratie schon jetzt geeignet sei zu praktischer Mitarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Lasse man sich nicht irreleiten durch den Wust unreifer Zukunftsideen; er kann uns zwar im ersten Augenblick abschrecken, aber doch schließlich nicht die Erkenntnis der entscheidenden Thatsache verhindern, daß die Partei sich selbst zu dieser Probe erbietet, daß sie die allmähliche Entwicklung der Vernichtung alles Bestehenden vorzieht. Wird der Versuch gemacht, dann müßte es wunderbar zugehen, wenn nicht die Sozialdemokratie entweder mehr und mehr im Drange der alltäglichen Geschäfte die Zukunftsträume vergäße, oder falls sie doch nicht zu träumen unterlassen könnte, das Vertrauen der großen Masse von einfachen, aber im Grunde verständig denkenden Männern verlore, denen allein, wie dies selbst am besten weiß, sie ihre Stellung verdankt. Nicht zum geringsten Theile sind wir, die Gebildeten, dafür verantwortlich, wie sich die Zukunft gestalten, und ob der Zustand dauern wird, der vom Standpunkte unbeherrschter Revolutionäre aus die „Versumpfung“ der sozialdemokratischen Partei genannt wird, den aber alle, die den Frieden, die Ordnung und ihr Vaterland lieben, immer deutlicher als das erkennen werden, was er in Wahrheit ist: als einen bedeutsamen Fortschritt zum sozialen Frieden.“

Und die bürgerlich-demokratische „Frankfurter Ztg.“ bemerkt zu diesem „Grenzboten“-Ausdruck und dem Brentano'schen Brief:

„Die Leser werden sich erinnern, daß wir nach dem Hallenser Kongreß den gleichen Gedanken ausgesprochen haben.“

Nämlich, daß die Sozialdemokratie aus einer revolutionären Partei sich in eine Reformpartei verwandelt habe.

Wir haben den betreffenden Artikel der „Frankfurter Zeitung“ nicht gelesen, möchten aber Denjenigen, die an

das Wunder einer solchen Parteiverwandlung glauben, die Frage vorlegen, ob der Glaube an die „Verwandlung“ nicht vielmehr auf eine Aenderung der Taktik gegen uns als auf eine Aenderung unseres Wesens zurückzuführen ist.

Daß die Sozialdemokratie ihre Ziele aufgegeben oder auch nur ihre prinzipiellen Forderungen abgeschwächt habe, wird Niemand, der den Verhandlungen des Halle'schen Kongresses mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt ist, im Ernste behaupten können.

Es gab zwar einige Klugmeier, welche entdeckt zu haben vermeinten, durch Preisgabe der Formel vom „ehernen Lohngesetz“ und der Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe habe unsere Partei „den Rückzug angetreten“, allein die scharfsinnigen Entdecker sind jetzt allgemein, auch von den nicht ganz vernagelten Segnern als blöde Know-nothings (Nichtwisser) erkannt; und für jeden denkfähigen und mit den Bestrebungen unserer Partei und den Grundzügen der Nationalökonomie nur einigermaßen vertrauten Menschen steht es nach den Verhandlungen in Halle fest, daß die deutsche Sozialdemokratie, weit entfernt ihr Programm abzuschwächen und zu verwässern, es umgekehrt schärfer zu formulieren, und ihre Ziele und Forderungen klarer und rücksichtsloser auszusprechen entschlossen ist. Also **Vorwärts nicht Rückzug**!

In den Zielen und Forderungen zeigt sich aber das Wesen einer Partei.

Während wir Sozialdemokraten dieselben geblieben sind, hat sich dagegen die Taktik der Regierung uns gegenüber sehr geändert. Das Ausnahmegesetz ist aufgehoben, man läßt uns relativ freien Spielraum.

Daß sich den so veränderten Verhältnissen die **Donnerart** anpassen mußte, daß man mit Jemand, der uns als anständiger Mensch begegnet, in anderer Weise verkehrt, als mit Jemand, der uns an der Gurgel packt, das ist doch selbstverständlich und hat mit „revolutionärem“ Wesen nichts zu thun.

Und beiläufig ist das schon vor Jahren, fast mit den nämlichen Worten, von unseren Vertretern im Reichstage gesagt worden.

Der „revolutionäre“ Dampf, dem der verstopfte Kessel geöffnet wird, verändert damit nicht seine Natur, sondern er äußert sie nur anders.

Wenn der Verfasser des Artikels der „Grenzboten“ sich in dem Glauben wiegt, die Sozialdemokratie müsse unter dem etwas freieren Regime, und bei einer sogenannten „ehrliehen Probe“, entweder auf ihre „Zukunftsträume“ verzichten müssen, oder das Vertrauen der Arbeiter verlieren — so mag dieses Urtheil sehr gut gemeint sein, zeugt aber von einer bedenklichen Unkenntnis der Dinge und einem ebenso bedenklichen Mangel an

Logik und Psychologie. Auf unsere Ideale und Ziele — denn das nennt der Verfasser unsere „Zukunftsträume“ — verzichten wir nicht, — thäten wir es, so hörten wir auf Sozialdemokraten zu sein — allein mit unseren Idealen und Zielen vor Augen werden wir fortjahren praktisch zu wirken und unablässig das Interesse des arbeitenden Volkes zu vertreten. Und jede Konzeßion, die wir den herrschenden Parteien abringen, wird nicht, wie gewisse Illusions- und Konfusionsräthe sich einbilden, uns den Wind aus den Segeln nehmen, sondern im Gegentheil unsere Kraft und unser Ansehen nur stärken, da jeder verständige Arbeiter weiß, — und von ehrlichen Feinden ist es ja auch offen zugegeben worden —, daß der Anstoß zur Arbeiter-Gesetzgebung in Deutschland von der Sozialdemokratie ausgeht, und daß folgerichtig Alles, was für die Arbeiter geschieht, auf die Initiative der Sozialdemokratie zurückzuführen ist.

Korrespondenzen.

Rom, 10. November. Gestern fand hier eine verhältnismäßig sehr stark besuchte (über 200 Delegirte) anarchistisch-sozialistische Delegirtenversammlung statt, in welcher Stellung genommen wurde zu den demnächst stattfindenden Parlamentswahlen. Die Versammlung faßte eine Resolution dahin lautend, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Theilnahme an der Wahl abzulehnen sei. Ein anwesender deutscher Sozialist widerlegte die Lügen der italienischen Bourgeoispreß über den Kongreß in Halle.

Ravenna. Die Veranstalter des am 19. Oktober hier abgehaltenen Sozialistenkongresses für die Romagna sind zu je 100 Franks Strafe und zur Tragung der Gerichtskosten verurtheilt.

Bukarest, 9. November. Der hiesige Klub deutscher Sozialdemokraten hat vor einigen Tagen in einer Versammlung den Beschluß gefaßt, der sozialdemokratischen Parteileitung Deutschlands zu den Erfolgen des Parteitagcs in Halle die Glückwünsche der dortigen Genossen zu übermitteln. Der sozialistische Klub von Bukarest giebt zugleich der Versicherung Ausdruck, daß er auch in der Ferne das Möglichste zur Ausbreitung und Unterstützung unserer gemeinschaftlichen Sache thun werde. — Die Agitation wird dadurch erschwert und theilweise unmöglich gemacht, daß die eigenthümliche Anwendung der im Allgemeinen nicht schlechten Landesgesetze das nachdrückliche Auftreten in der Öffentlichkeit sehr erschwert. Trotzdem ist der sozialdemokratische Klub stets bestrebt, neben der Agitation im vertrauten Kreise die Unterstützung der streitenden und leidenden Genossen in der Heimath nach Kräften zu fördern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. November.

Die **preussische Chronik** hat im Ganzen eine günstige Aufnahme gefunden, und im Auslande hat namentlich die

Sie warf in unmaßnahmlcher Lustigkeit den geschmeidigen Körper ein wenig zurück:

„Ich bin halt jetzt g'weiffent
Und hab a schön's Gewand,
Beim Konacher sing i,
Jetzt wissen's all's mitanand.“

„Sie kennen einander!“ riefen die Umstehenden.
„Ja, was ist denn das, eine alte Liebchaft am Ende?“ fragte Waller.

Ein kleiner Roman zwischen einem Künstler und einer Chansonettensängerin dürfte doch nichts Ueberraschendes bieten“, sagte ein Alter mit einem Faunengesicht.

„Was Sie schon wieder glauben!“ rief die Mirzel, die Lippen aufwerfend, „na ja, Ihr kennt nichts Besseres, aber zwischen uns war nichts Vergleichens, und der Oswaldt hat mich nie peiniget mit Zudringlichkeiten, und darum hab' ich auch ein' Respekt vor ihm g'habt. Aber jetzt erzählen Sie mir, Oswaldt, was ist's mit der Franzel, mit meiner klein' lieben Kameradin, die Ihnen in die Eng' nachgelaufen ist und nicht mehr wieder gekommen.“

„Eine — eine Franzel ist ihm nachgelaufen?“ Der Baron ersticke fast vor Neugier.

„Sie war bei dem Heger in — in Dienst getreten“, versetzte Oswaldt nicht ohne Verlegenheit, er fühlte, wie eine dunkle Röthe ihm in die Wangen stieg.

„Bei dem er sich einlogirt — famos, sehr gut!“ Der Baron schlug sich vor Vergnügen auf die Beine, während die Uebrigen verständnißlose Blicke tauschten.

Mirzel aber forschte gutherzig weiter.
„Ich hab' g'hört, es soll ihr gut gehen, die Leut' in Kalltenbach saanen, Sie hätten in der Enge ein Fräulein

Feuilleton.

Victoria.

Roman von Minna Kautsky.

Die Mirzel sah in übermüthiger Ueberlegenheit um sich. Sie war an dieses Werben gewöhnt, sie kannte ihre Anziehungskraft und übte sie. Es war ja doch immer so gewesen, in der Fabrik, beim grünen Ager und überall. Nur fand sie die feinen Herren viel komischer, zudringlicher und jämmerlicher als die Männer, die sie bisher gekannt. Sie merkte bald, daß sich diese en canaille behandeln lassen, und sich um so unterwürfiger zeigten, je ärger sie's trieb. Und sie trieb es auch arg genug.

Aber sie wußte ihre derbsten Ausfälle in einem humorvollen Ton zu kleiden, und man besudelte sie.
Baron Waller sah ungemein stolz aus, er fühlte sich als Protektor, während Lord Edward, gleich den Anderen, über ihre gefülltesten Worte lachte, ohne auch nur ein einziges zu verstehen. Immer enger wurde der Kreis um sie, da rief sie plötzlich:

„Lust, Lust! Meine Herren, Ihre Zuneigung ist mir zwar sehr schmeichelhaft, aber ich möcht' nicht d'ran erkranken; geht's auseinander, es Gigerln, oder ich schlag mich durch.“

Und als ein allgemeines Gelächter ihr antwortete, ohne daß man sie freigab, schlug sie lachend, aber ziemlich kräftig

mit ihrem Bouquet auf die Umstehenden los, daß die Blüthen herumflogen und die Drähte zum Vorschein kamen.

Es bildete sich eine Gasse, in die sie eindrang. Da hielt sie mit einem Male kurz an und senkte die Angriffswaffe. Sie hatte Oswaldt erblickt, schien einen Augenblick unschlüssig und ging dann rasch mit großen Schritten auf ihn zu.

„Herr Oswaldt!“ sie streckte ihm vertraulich die Hand entgegen.

Dieser hatte seit ihrem Eintritt die Augen kaum von ihr abgewendet, aber die Veränderung, die mit ihr vorgegangen, war so groß, und er verbeugte sich mit einem ungewissen Blick: Fräulein „Mi — Mir —“

Sie nickte ihm zu und in drolliger Weise ihm nachhelfend:

„Mi — Mir — Mirzel thut man mich nennen,
Mit Ihrem Gedächtniß steht's schlimm,
Sie sollten mich doch erkennen
An meiner schönen Stimme.“

Und übermüthig stieß sie einen absichtlich heifern Jodeler aus, der gröhland endigte.
Ein allgemeines Bravo erkante.

„Sie ist unvergleichlich! Und haben Sie gehört? es war ein richtiges Bierzeiliges.“

„Sie kann nicht mehr anders; das geht ihr von den Lippen wie einer Betschwester das Vaterunser.“

Nur ist es etwas lustiger.“

So riefen ihre Verehrer in Ertaste.
Oswaldt hatte sich vertraulich zu ihr herabgebogen:
„Sie haben sich so gewaltig verändert, seit wir uns nicht gesehen —“

offene Einfachheit des Satzes, daß das Reich zu allen auswärtigen Staaten freundliche Beziehungen unterhält, einen guten Eindruck gemacht. Die Thronreden der Kaiserlichen Aera pflegten stets, neben einigen Verhöhnungs-Phrasen, irgend eine Wendung zu bringen, durch welche die Welt belehrt werden sollte, daß der Friede eigentlich doch sehr gefährdet sei, und daß ein allgemeiner Weltbrand nur durch das sekuläre Genie und die wunderbaren Kunststücke des Staatsmanns verhindert werde, um den uns alle Völker beneiden sollten. Nun, dieser Staatsmann ist fort, seine Kunststücke haben aufgehört, und siehe da, die Lage ist eine viel friedlichere, das Vertrauen in den Frieden viel größer geworden.

Was die in der Thronrede versprochenen Reformmaßregeln anbelangt, so läßt sich selbstverständlich nicht urtheilen, ehe die Gesetzentwürfe vorliegen. Und auch dann wird sich über das Ergebnis der Reformarbeit noch nichts sagen lassen, weil die gesetzgebenden Faktoren, infolge der rapiden Zerfegung der alten Parteien, augenblicklich ganz unberechenbar sind.

Selbst angenommen, die Gesetzentwürfe der Regierung wären wirklich der Absicht ernsthafter und gründlicher Reform entfloßen, so muß doch von vornherein auf die Hoffnung verzichtet werden, daß der Landtag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zu ernsthaften und gründlichen Reformen seine Zustimmung erteile, oder auch nur dazu fähig sei.

Der vorgestrigen Sitzung des Landes-Oekonomikollegiums wohnte der Kaiser bei. Auf der Tagesordnung der ultrareaktionären, junkerlich-agrarischen Körperordnung stand eine Vorlage, betreffend die Schußmaschinen an den landwirtschaftlichen Maschinen. Der Monarch nahm Theil an den Verhandlungen und bemerkte dabei nach einem Bericht der „Vossischen Zeitung“:

„Aus den ihm regelmäßig vorgelegten Berichten habe er zu seinem Bedauern gesehen, daß eine größere Anzahl zumal weiblicher Arbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben verunglückt, und es sei deshalb verschärft auf die Aufmerksamkeit behufs Vermeidung solcher Unglücksfälle notwendig. Wie er schon im vorigen Jahre im landwirtschaftlichen Verein habe mittheilen lassen, sei er nicht geneigt, bei der Bestrafung der für solche Unglücksfälle haftbaren Unternehmer irgend eine Gnade eintreten zu lassen, sobald strafbare Fahrlässigkeit vorliege. Von dem meist ungebildeten landwirtschaftlichen Arbeiter könne man nicht verlangen, daß er seine eigenen Interessen und die Sicherung seiner Existenz ohne Rücksicht auf seine eigene Bequemlichkeit bei der Ausführung seiner Arbeiten wahrnehme. Dem Leichtsinne und der Unachtsamkeit dieser Arbeiter müsse durch eine strenge Aufsicht der verantwortlichen Arbeitgeber gesteuert werden; in dieser Beziehung erwarte er von den Beschlüssen des Kollegiums die besten Folgen; im Uebrigen sei es ihm eine Freude gewesen, den Beratungen des Kollegiums beigewohnt zu haben.“

Diese Worte werden in den Herren Großgrundbesitzern ziemlich gemischte Gefühle hervorbringen. Thatsache ist, daß die Zahl der Verunglückungen durch landwirtschaftliche Maschinen eine enorme ist, und daß die Herren Großgrundbesitzer, die so gern auf die Engbergigkeit der „Schlotjunker“ schimpfen, in ihrem „patriarchalischen“ Egoismus so gut wie nichts zum Schutz ihrer Arbeiter thun.

Da nun, wie wir bereits ausführten, der beste Arbeiterchutz das Koalitionsrecht der Arbeiter ist, so werden die obigen Worte des Kaisers vielleicht Herrn von Berlepsch veranlassen, in der Arbeiterchutz-Kommission dem Koalitionsrecht gegenüber eine weniger ablehnende Haltung einzunehmen, und auf die demselben feindlichen Bestimmungen des Regierungsentwurfs zu verzichten.

Der Sozialdemokrat kommt! lautet der Titel eines katholischen Heftflugblatts zur letzten Wahl in Würzburg. Vor dritthalb Jahrhunderten hieß es: Der Schwed' kommt! Und wenn dieser Schreckensruf ertönte, dann flüchtete Alles und Alles verlor den Kopf. Wir müssen sehen, daß der Ruf: „Der Sozialdemokrat kommt!“ für uns sehr schmeichelhaft ist. Er beweist, daß wir eine Macht sind, welche das Hirn und die Einbildungskraft der Volksmassen auch in den Gegenden beschäftigt, wo wir noch nicht festen Fuß gefaßt haben. Und beschäftigt man sich nur einmal ernsthaft mit uns — dann ist uns der Weg auch gebahnt zu „moralischen Exorberungen“.

Neben dieser eminent nützlichen, hat die Sache aber auch ihre eminent erheitende Seite — erheitend, wie das bekannte Bild: Der Löwe kommt!

aus ihr gemacht, ich gönne dem armen Hascherl von Herzen.“

„Jetzt begreife ich alles,“ meckerte Baron Waller, „jetzt weiß ich, haha, was ihn dort gehalten, o, Sie durchtriebener Schelm, Sie!“

„Das Mädchen ist nicht meine Geliebte!“ sagte Oswaldt kurz und bestimmt.

Ein allgemeines Gelächter antwortete ihm.

„Aber, lieber Freund“, meinte Baron Waller, ihm gutmüthig auf die Schulter schlagend, „weshalb uns gegenüber diese Heuchelei, wir verstehen uns ja und geben einander Absolution, immer vorausgesetzt, daß sie hübsch ist. Sagen Sie doch, Fräulein Mirzel, wie ist sie, ihre Kameradin? Reizend, pikant, oder sonst wie?“

„Mein Gott, das war so ein armselig's Klein's Dingerl, an das Niemand denkt hat, das Niemand g'habt hat auf der Welt als ihre Taut', und die — die hat sie eben in die Enge getrieben.“ Sie brach selbst in ein lustiges Lachen aus, in das Alle einstimmt.

Und nun wechselte rasch Rede und Gegenrede, der Fall schien enorm interessant.

Oswaldt begwang seine zornige Erregtheit, er fühlte, daß Ernst dieser Frivolität gegenüber nicht am Platze, daß eine Abwehr ihn nur lächerlich machen würde, und so schwieg er.

Der gute Ton erheischt, daß man sich der Moral der Gesellschaft anpasse, in der man lebt, und Oswaldt hatte bereits so viel Bildung sich angeeignet.

Der kleine Mephisto aber erklärte laut, Oswaldt's Discretion imponire ihm. Er vereinige das Raffinement des Lebemanns mit der Sensibilität des Künstlers: was in der Liebe erfreue, sei allein das Geheimnis. Oswaldt sei würdig, das Haupt der Vivens zu sein und zu heißen. Sie Alle könnten von ihm lernen.

Man hatte sich wieder zu Tische gesetzt und hier brauste der leichtfertige Wit auf's Neue und nur um so höher auf.

Und als nun die Mirzel bekannte, sie hätte nach der Franzel nicht umsonst gefragt, sie habe sie immer lieb ge-

So bringt z. B. das „Leipziger Tageblatt“, nachdem es hundertmal die Sozialdemokraten todtschlagen hat, einen wahrhaft zwerghenkerischen Aufschrei über die Stadtverordneten-Wahlen. Hannibal ist vor den Thoren. — Wenn nicht Wunder der Tapferkeit von den braven Herren Philistern verrichtet werden, dann fällt Leipzig, die stolze Hochburg des Nationalliberalismus der (hundertmal todtschlagene) Sozialdemokrat zieht ein! — das ist in Kurzem der Inhalt des Aufschreies. Nun, die „Hochburg des Nationalliberalismus“ ist schon längst ein überwundener Standpunkt — sie ist von den Konservativen besetzt und wird — mag das „Tageblatt“ sich auf den Kopf stellen, gelegentlich von den Sozialdemokraten erklirt werden.

Dieser Aufschrei kontrastirt seltsam mit dem Jubelgeschrei der meisten gegnerischen Blätter über die Niederlagen der Sozialdemokraten bei den Gemeindevahlen. Nun, mit Ausnahme von Braunschweig, wo wir thatächlich einen Sitz verloren haben — eine Schlappe, die durch den glorreichen Sieg in Kiel (von anderen Wahlerfolgen nicht zu reden) zehnfach aufgewogen ist, hat unsere Partei da, wo sie die Niederlagen erlitten haben soll, einfach Vorstöße gemacht, die erfolglos geblieben sind. Wenn eine Feste bei der ersten Vernehmung nicht fällt, so ist das für den Angreifer doch wahrhaftig keine Niederlage. Die nächste Fluthwelle wird etwas kräftiger sein. —

Die französische Deputirtenkammer geht nur widerstrebend an die Arbeiter-Gesetzgebung — zu jedem Schritt vorwärts muß sie erst gezwungen werden. Es ist dies allerdings ganz wesentlich die Schuld der französischen Arbeiter, die durch Nichts an der Geltendmachung ihrer Forderungen — an Organisation und Agitation — gehindert sind. In einem Lande mit so freien Einrichtungen wie Frankreich es ist, hat die Arbeiterklasse es einzig sich selbst zuzuschreiben, wenn sie mit ihren berechtigten Forderungen nicht durchdringt. —

In Italien wird Crispi von der Opposition mehr und mehr bedrängt. Und er fühlte offenbar, daß der Boden unter ihm wankt, sonst hätte er gestern auf einem Banket in Palermo, der Stadt, wo er gewählt ist, nicht so kleinlaut über die Angriffe gewinkelt, denen er ausgesetzt sei. Seine Gegner suchten seinen Charakter, seine Natur, seine Handlungen in einem falschen Licht darzustellen. Nun, Herr Crispi darf sich nicht beklagen. Wer die Farbe so kaltblütig gewechselt, und seine ganze Vergangenheit so rücksichtslos verleugnet hat, der hat kein Recht sich zu beschweren, wenn die Lauterkeit seines Charakters bezweifelt wird. — Gleichzeitig mit dem Banket, auf welchem Herr Crispi sich rein zu waschen suchte, tagten in Rom die Gegner desselben. Ein Telegramm meldet:

„Das Banket der radikalen Partei, mehrmals verschoben, fand erst gestern — den 12. November — statt. In einer dreistündigen Rede entwickelte Cavallotti seine wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkte. Die italienische Demokratie liebt und schätzt Deutschland, das gleichen Grundfalsen wie Italien die Einheit verdankt und mit diesem vereint gegen den gemeinsamen Feind im Felde gestanden habe. Sie würde auch den deutschen Reichskanzler v. Caprivi herzlich begrüßt haben, wenn Crispi nicht mit dessen Namen Wahlmissbrauch getrieben hätte. Italiener und Deutsche seien Freunde, sie brauchten jedoch nicht stamische Brüder zu sein. Auf die wirtschaftlichen Angelegenheiten übergehend, schildert Redner den Verfall des Handels und der Industrie, die Noth und die Drangsale des Volkes in lebhaften Worten. Das Land sei von Marasmus befallen und das Schlimmste dabei sei, daß der Fiskus wie ein Raubthier schalte und walle, die ärmsten Bürger bedränge und jeden Keim wirtschaftlicher Thätigkeit ersticke. Die Demokratie habe die Pflicht, diesem unerträglichen Zustande ein Ende zu bereiten.“

Aus England wird ein furchtbares Schiffsunglück gemeldet. Der ganz neue Schraubendampfer „Sergent“ ist auf seiner ersten Reise nach Westafrika in der Nähe der französischen Küste mit Mann und Maus untergegangen. Die Zahl der Ertrunkenen beträgt 270 — meist Auswanderer, und zwar größtentheils Engländer.

Arbeiterchutz-Kommission. Die heutige Verathung beginnt bei Abs. 4 § 184b, wonach durch die Arbeitsordnung bestimmt werden kann, daß der Lohn der minderjährigen Arbeiter an

*) Zu unserem gestrigen Bericht tragen wir noch nach, daß die Bestimmung, wonach die Arbeitsordnung das Verhalten der Minderjährigen außerhalb des Betriebes regeln kann, abgelehnt ist.

habt, und immer an sie gedacht und habe nun die Absicht, das Mädchen zu sich zu nehmen, da fand das Projekt bei den Verehrern der Mirzel die lebhafteste Zustimmung und Unterstützung.

„Gewiß, Herr Oswaldt,“ wandte sich diese an den jungen Künstler, der erblasse und betroffen sie anblidete, „wenn es wahr ist, wie sie sagen, daß Sie keine Rechte auf die Franzl haben und beanspruchen, dann will ich mich ihrer annehmen. Sie soll's gut bei mir haben, und ich will ihr eine ordentliche Erziehung geben.“

Sie sagte es in ernster Treuherzigkeit, die allgemeine stürmische Heiterkeit erweckte.

Unter einem wahren Pferdegewieher ließ man die festsche Mirzel als Pädagogin, hochleben und ihre hoffentlich ebenso festsche Pflegebefohlene, die kleine Franzel, welche zu begnügen all' diese Herren bereit waren.

Die Mirzel dankte für sich und sie in lustigen Bierzeitigen, an denen man sich nicht satt hören konnte. Und nach jedem neuen G'fanzel nahm einer der Besten seinen Orden von der Brust, um sie damit zu dekorieren; und sie sah da, die Brust mit Sternen geschmückt, und trug diese erborgten Auszeichnungen mit ebensoviel Würde und viel leicht ebensoviel Berechtigung, als manche ihrer legitimen Besitzer.

Fünftes Kapitel.

Es war spät am Morgen, als Oswaldt nach dieser Orgie erwachte. Sein erster Gedanke war die Franzel. Hatte die wüste Piederlichkeit sein Blut vergiftet? Er dachte ihrer, die man in dieser Nacht so oft die Seine genannt, in anderer Weise als bisher. Eine siebernde Unruhe war über ihn gekommen, ein Verlangen, eine Sehnsucht, wie er sie nie vorher gefannt. Er konnte es nicht erwarten, sie wiederzusehen. So oft ihr Name von diesen Wüstlingen genannt wurde, hatte sich seine Faust zornig geballt. Der Gedanke, daß Andere sich ihr näherten, Andere in ihr Leben eingreifen könnten, irritirte ihn maßlos. Sie war ihm plötzlich ein Besitz geworden, den er errungen, den er zu schützen

deren Eltern oder Vormünder und nur mit deren schriftlicher Zustimmung an die Minderjährigen ausgehahlt wird und daß der minderjährige Arbeiter nur mit ausdrücklicher Zustimmung seines Vaters oder Vormundes kündigen darf.

Hierzu beantragt Abg. Hise, die Auszahlung des Lohns an Minderjährige nur dann stattfinden zu lassen, wenn die vorhergehende Lohnzahlung durch die Eltern oder den Vormund bescheinigt ist, will jedoch mit Genehmigung der Gemeindebehörde oder auf Antrag des Arbeiterausschusses Lohnzahlung an die Minderjährigen selbst zulassen.

Der Referent Abg. v. Stumm empfiehlt die Regierungsvorlage, wogegen er den Antrag Hise abzulehnen bittet, weil durch denselben sehr erhebliche Schwierigkeiten entstehen, und die Durchführung des Antrages unmöglich machen würden.

Der Korreferent Abg. Mollenbuhre beantragt den ganzen Absatz zu streichen, indem er ausführt, daß die Bestimmung für junge Leute, welche gezwungen sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, eine Erniedrigung bedeutet.

Abg. Schmidt berichtet über die eingegangenen Petitionen. Nach seiner Meinung ist die Regierungsvorlage abzulehnen; allenfalls könne man solche Bestimmungen für die jugendlichen Arbeiter zulassen, aber nicht für junge Leute bis 21 Jahre.

Abg. Hise hält im Interesse der Verstärkung der etwelichen Autorität die vorgeschlagenen Bestimmungen für nützlich und hält gewünscht, daß durch Einführung von Lohnbüchern die Einrichtung obligatorisch gemacht würde; wer den Zweck wolle, müsse auch das Mittel wollen und es sei notwendig, daß die Eltern über den Lohnbetrag ihrer Kinder quittiren; man müsse den Vater zum Verwalter des Lohnes der Minderjährigen machen; auch die praktischen Schwierigkeiten seien nicht so stark; der Redner empfiehlt seinen Antrag.

Regierungskommissar Geh. Rath König wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Mollenbuhre und meint, daß der Zuchtlosigkeit der jugendlichen Arbeiter mit eingreifenden Maßregeln entgegengesetzt werden müsse; die Regierungsvorlage bedeute den ersten Schritt auf dieser Bahn; der Antrag Hise wolle die Einrichtung zwangsweise einführen, dies empfehle sich nicht, sondern es genüge, wenn man durch die fakultative Einführung der Arbeitgebenden das Gewissen schärfe; Redner empfiehlt die Regierungsvorlage.

Abg. Krause: Der Zweck des Gesetzes sei doch die Befriedigung der Arbeiter zu erwerben. Das werde mit den gemachten Vorschlägen nicht erreicht; es sei eine Abweichung vom bestehenden Recht. Redner weist dies näher nach, namentlich an den Bestimmungen des preussischen Landrechts, wonach der Minderjährige das Recht habe, über das von ihm selbst Erworben zu verfügen, dies der väterlichen Gewalt entzogen sei. Bis jetzt habe man nicht einmal gewagt, das, was man jetzt den Arbeitern zumuthe, von den Diensthöfen zu verlangen, die doch sonst schlechter gestellt seien.

Abg. Singer stimmt den juristischen Ausführungen des Vorredners zu und weist auch auf die Steuer-Gesetzgebung hin, die selbstständig von dem Einkommen der Minderjährigen Steuer erhebe. Auch praktisch sei der Antrag unausführbar, da nur ein minimaler Theil der Minderjährigen so wohne, daß er den Eltern erreichbar sei. Darüber ließe sich reden, die vorgeschlagene Bestimmung auf junge Leute bis 16 Jahre auszudehnen. Im Handelsgewerbe sei es vielfach Sitte, daß die jungen Leute, die bei den Eltern Kost und Logis erhielten, dafür eine Quote des Verdienstes an diese abgeben, mehr aber nicht. Daß man die Bestimmung speziell gegen die Arbeiter richte, beweise den Mangel des Mißtrauens, den man gegen die Arbeiter habe. Die Autorität der Eltern werde auch durch Zwangsmaßregeln nicht gefördert. Er halte es für das Richtige, daß der ganze Absatz abgelehnt werde, da das, was erreicht werden solle, soweit es durch besondere Verhältnisse nötig sei, durch die bestehende Gesetzgebung erreicht werden könne. Der Antrag Hise speziell sei unannehmbar, weil er neben seiner Ungerechtigkeit gegen die Minderjährigen auch thatächlich undurchführbar sei.

Abg. Dr. Böttcher ist dem Gedanken des Antrages Hise sowohl, wie dem der Regierungsvorlage sehr geneigt, glaubt aber, daß die Durchführung nicht möglich sein wird; der Redner hält die Form der Vorlage für nicht wirksam, und will den Antrag Hise, soweit er Arbeiter bis zu 18 Jahren betrifft, bei anderen

und zu verteidigen hatte. Niemand sollte ihm rauben, was sein war!

In die Gluth, die verdeckt unter der Asche geglüht, war ein Windstoß gefahren, und nun schlugen die Flammen empor.

Er kleidete sich rasch an, speiste am Bahnhof und fuhr mit dem nächsten Zug nach Kaltenbach.

Beim Löwen mußte er warten, bis die Pferde vom Felde kamen, um vor den Phaeton gespannt zu werden. Der Wirth gestellte sich zu ihm, und ließ sich, um ihn zu unterhalten, über die neuesten Ereignisse in Kaltenbach aus.

Er erzählte ihm, daß Fiedl nicht mehr Besitzer von Viktoria sei; er habe, nachdem Alles den modernen Anforderungen gemäß umgestaltet worden, die Fabrik mit den dazu gehörigen Gründen an eine große Aktiengesellschaft, die bereits mehrere Fabriken in Böhmen habe, und zwar unter den vortheilhaftesten Bedingungen, verkauft. Die Villa und der Park waren bei diesem Handel ausgehlossen.

„Die sind ihm als Profit in den Händen geblieben,“ fügte der Wirth vertraulich hinzu, „und er hat sie auch bereits seiner Tochter als Heirathsgut verschrieben; es ist alles schon in den Büchern. Ja, diese großen Herren rühmen nicht die Hind, ohne daß ihnen etwas d'ran hängen bliebe, aber für die armen Leute in der Gegend ist das ein neuer Schlag, den sie nicht erwartet haben.“

„Wie so?“ fragte Oswaldt, der in der ungeduldrigen Gemüthsverfassung, in der er sich befand, nur mit halben Ohr zugehört, und durch Fiedl selbst von der gelungnen Spekulation bereits unterrichtet war.

Der Wirth wies darauf hin, daß die Leute für den September auf die Wiederaufnahme des Betriebes gerechnet, nun sei durch den Besitzwechsel und abermalige Abänderungen der Termin auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Dadurch gestalte sich die Lage der Arbeiter zu einer zweifachen, und man könne nicht wissen, was noch geschehen werde.

(Fortsetzung folgt.)

Gelegenheit in zweiter Berathung aufzunehmen; für jetzt müsse er den ganzen Absatz 4 der Regierungsvorlage und damit auch den Antrag Hise ablehnen.

Abg. **Webel** tritt dem Antrage Hise sehr energisch entgegen; derselbe zerstöre gerade die elterliche Autorität, indem er Mißtrauen verbreite und die Minderjährigen aus dem Elternhause treibe, weil dieselben sich nicht gefallen lassen würden, ihren Verdienst in vollem Betrage den Eltern abzuliefern; das Verhältnis in der Familie wird vernichtet und das gerade Gegenteil muß eintreten von dem, was der Abg. Hise will; daneben aber stellen sich der Ausführung solcher Bestimmungen so unendlich viele praktische Schwierigkeiten entgegen, daß an eine Ausführbarkeit gar nicht zu denken ist. Der Redner hält diese Art von Arbeiterschutz für sehr geeignet, den Arbeitern die Augen zu öffnen über die Bevormundung, welche man ihnen gegenüber ausüben will.

Abg. **Hise**: Die von **Webel** angeführten Beispiele seien Ausnahmen und gelten für seinen Antrag; die elterliche Autorität verlange solche Bestimmungen. Nachdem Redner lange gegen **Webel** polemisiert, empfiehlt er seinen Antrag, von dem er zugiebt, daß er die Emanzipationsbestrebungen der Minderjährigen zurückhalten soll.

Regierungskommissar **Geb. Rath Lohmann** wendet sich gegen die Ausführungen **Webel's** und **Singer's** und betont, daß der heutige Rechtszustand bereits die Vorschläge der Regierung zulasse; diese Möglichkeit solle nun durch die Vorlage erweitert werden; das Gesetz solle die Arbeitgeber darauf hinweisen, die Vornahme an die Minderjährigen durch die Hände der Eltern gehen zu lassen; Redner ersucht um Annahme der Regierungsvorlage, welche durch eine fakultative Bestimmung den Unternehmern Anlaß geben will das bestehende Recht wirksam zu benutzen.

Abg. **Sartmann** kann dem Antrag **Hise** in der vorliegenden Form nicht zustimmen; die Regierungsvorlage sei praktisch und verallgemeinere eine durchaus notwendige Bestimmung; die Schwierigkeiten seien übertrieben worden, ebenso die prinzipiellen Bedenken; der Redner bittet im Interesse des Arbeiterschutzes und der arg bedrängten elterlichen Autorität um Annahme der Vorlage.

Abg. **Dr. Hirsch** wendet sich gegen den Antrag **Hise**, der praktisch unumkehrbar und prinzipiell verwerflich ist.

Abg. **Müller** glaubt, daß nach den Erklärungen der Regierungsvorlage die Vorlage überflüssig ist und hält ebenfalls den Antrag **Hise** für unmöglich; der Redner bittet sowohl diesen Antrag als die Regierungsvorlage abzulehnen.

Abg. **Hise** empfiehlt nochmals seinen Antrag, dessen Tendenz ja so vielfach anerkannt worden sei und von dessen praktischer Durchführung er sich große Vortheile für Unternehmer und Arbeiter verspreche. Die Ausführung sei bei gutem Willen sehr leicht und sollte an der Befürchtung, daß den Unternehmern etwas Arbeit auferlegt werde, nicht scheitern.

Abg. **Dr. Krause** wiederholt seine juristischen Ausführungen, in denen er sich durch die Regierungsvorlage nicht für wiederlegt erachten kann; die Zuchtlosigkeit der jugendlichen Arbeiter sei nicht größer als die der anderen Gesellschaftsklassen und löst nicht stärker als dieselbe früher war.

Der Referent **Abg. von Stumm** bekämpft den Antrag **Hise** mit den in der Diskussion hervorgehobenen praktischen Schwierigkeiten, die eine Ausführung desselben unmöglich machen würden; der Redner empfiehlt die Regierungsvorlage als die einzige Möglichkeit, den vorhandenen Uebelständen abzuhelfen.

Korreferent **Abg. Molkenbühr** führt die angeführten Mißstände auf die jetzige soziale Lage der Arbeiter, welche meist eine ordentliche Erziehung der Kinder unmöglich machen, zurück; eine größere Selbstständigkeit sei für die Minderjährigen besser als ihre materielle Bevormundung seitens der Eltern oder des Vormundes; der Redner beantragt Ablehnung der Regierungsvorlage, welche die jungen Leute aus dem Vaterlande treiben würde; ebenso unannehmbar sei der Antrag **Hise**.

Bei der Abstimmung wird der Antrag **Hise** abgelehnt; die Regierungsvorlage Absatz 4 § 184 b wird mit Stimmengleichheit, 12 gegen 12, abgelehnt; nunmehr wird der § 184 b, wie er sich in der Beratung gestaltet hat, mit großer Majorität angenommen.

Die Diskussion über § 184 c wird eröffnet; derselbe bestimmt, daß die Arbeitsordnung für beide Theile rechtsverbindlich ist und daß andere als in der Arbeitsordnung vorgesehene Strafen nicht verhängt werden dürfen; ebenso sollen Entlassungen und Austritt aus der Arbeit aus anderen als in der Arbeitsordnung bezeichneten oder den gesetzlichen Gründen nicht erfolgen dürfen.

Der Referent empfiehlt die Regierungsvorlage, wünscht aber eine Erklärung der Regierung darüber, ob nach ihrer Ansicht andere als in der Arbeitsordnung vorgesehene Strafen für Verhalten der Arbeiter außerhalb des Betriebes in freiem Verträge der Arbeiter und Arbeitgeber ausbedungen werden können.

Reg.-Kommissar **Geb. Rath Lohmann** glaubt, daß nach der bestehenden Rechtsordnung dies unbedenklich geschehen könne.

Abg. **Schmidt** referirt über die Petitionen; der Redner hält sich, daß nach dem Gange der Beratungen es nicht für zulässig erachtet werden kann, Strafen zu erheben für Verhalten der Arbeiter außerhalb des Betriebes.

Abg. **Wittmer** tritt diesen Ausführungen bei, die nach seiner Ansicht vollkommen die Intentionen des Gesetzgebers treffen.

Abg. **Webel** findet ebenfalls, daß nach den bisherigen Beschüssen davon keine Rede sein kann, die Regelung des Verhaltens der Arbeiter außerhalb des Betriebes zum Gegenstand der Arbeitsordnung zu machen; der Redner wird für die Regierungsvorlage stimmen.

Geb. Rath Lohmann hält seine Ansicht aufrecht; nach dem Wortlaut des Gesetzes kann jede mit dem Betriebe in Verbindung stehende Bestimmung in die Arbeitsordnung aufgenommen werden.

Abg. **Schmidt** bestreitet die Richtigkeit dieser Auffassung. Die Kommission hat durch ihren Beschluß deutlich kundgegeben, daß die Arbeitsordnung einzig und allein auf den Fabrikbetrieb Geltung haben darf.

Geb. Rath König tritt der Ansicht des **Geb. Rath Loh-**

mann bei und bezieht sich dabei auf das Beispiel der schweizer Gesetzgebung.

Die Abgg. **Webel** und **Schmidt** betonen nochmals, daß der ganze Gang der bisherigen Verhandlungen unwiderleglich beweise, daß man Arbeitsordnungen, welche das Verhalten außerhalb des Betriebes regeln sollen, nicht einführen wolle.

Abg. **v. Kleist-Rehnow** tritt diesen Ausführungen entgegen und versucht nachzuweisen, daß trotz der Streichung dieser Bestimmung derartige Arbeitsordnungen zulässig sind.

Die Abgg. **Dr. Hirsch**, **Schmidt**, **Webel** und **Wittmer** treten für die gegenwärtige Auffassung ein; durch die Regierungsvorlage würde genau das Gegenteil von dem, was geschaffen werden soll, eingeführt.

Der Referent **Abg. v. Stumm** empfiehlt die Regierungsvorlage und bleibt bei der Ansicht, daß Regelung des Verhaltens außerhalb des Betriebes zulässig sei.

Der Korreferent **Abg. Molkenbühr** vertritt die gegenwärtige Anschauung, empfiehlt aber ebenfalls die Annahme der Regierungsvorlage.

Bei der Abstimmung wird § 184 c einstimmig angenommen.

Die Diskussion über § 184 d wird eröffnet, derselbe bestimmt, daß den Arbeitern vor Erlass der Arbeitsordnung Gelegenheit gegeben werden muß, sich über den Inhalt derselben zu äußern; da wo ein ständiger Arbeiterschutzbund besteht, soll dieser Vorschritt durch Anhörung des Ausschusses genügt sein.

Hierzu beantragt **Abg. v. Stumm**, daß nur die „großjährigen“ Arbeiter gehört werden sollen.

Abg. **Müller** beantragt, den § 184 d zu streichen ev. zu bestimmen, daß die Anhörung einer „Fabrik-Krankenkasse“ ebenfalls genügt.

Der Referent empfiehlt die Regierungsvorlage mit seinen Amendements, während er den Antrag **Müller** abzulehnen bittet.

Der Korreferent schließt sich dem Referenten an, obgleich er seine definitive Zustimmung von der Art, wie die Arbeiterschutzbünde gebildet werden, abhängig machen muß.

Abg. **Schmidt** referirt über die Petitionen, welche zahlreich eingegangen sind und alle von Unternehmern gestellt, die Streichung verlangen. Der Redner bittet die Vorlage anzunehmen und den Antrag **Müller** abzulehnen.

Abg. **Müller** steht persönlich auf dem Boden der Vorlage, weist jedoch darauf hin, daß sehr weite Kreise der Unternehmer große Bedenken dagegen haben und meint, daß die Möglichkeit, daß eine solche Bestimmung, statt den allseitig erwünschten Frieden zu bringen den Unfrieden, verstärken würde, nicht ausgeschlossen ist; in Rücksicht auf die Wünsche der Unternehmer empfiehlt der Redner die Streichung des Paragraphen eventuell aber bittet er wenigstens seinen Eventualantrag anzunehmen.

Abg. **Dr. Hirsch** hält die Bedenken des **Abg. Müller** für unzutreffend und hält es im Interesse des dauernden Friedens für sehr notwendig, daß die Arbeiter vor Erlass der Fabrikordnung gehört werden; dem Eventual-Antrag **Müller** kann Redner nicht zustimmen, weil durch denselben ein Theil der Arbeiter ausgeschlossen wird.

Abg. **Hise** empfiehlt für die Regierungsvorlage zu stimmen und glaubt, daß der ev. Antrag **Müller** besser für die Beratung bei den Arbeiterschutzbünden geeignet ist.

Abg. **v. Puttkamer** stimmt für die Regierungsvorlage, verheißt sich aber nicht die Bedenken, die der Anhörung der Arbeiter entgegenstehen. Der Redner befürchtet mit den Petitionen, daß diese Bestimmung leicht zu großen Unzuträglichkeiten führen kann und stimmt nun, gestützt auf die Ausführungen des Referenten, der für ihn in diesen Fragen eine Autorität ist, für die Vorlage.

Abg. **Webel** tritt für den ersten Absatz der Regierungsvorlage ein, in Rücksicht darauf, daß sich ein Weg finden wird, die etwaigen Bedenken der Arbeiter an einer unparteiischen Stelle zur Geltung zu bringen. Der Redner verbreitet sich über die Petitionen der Unternehmer, welche ihr Klasseninteresse in kraffer Weise vertreten und der Gesetzgebung zumuthen, die Arbeiter unter die Botmäßigkeit der Arbeitgeber zu zwingen. Für das Amendement **Stumm** liegt kein Grund vor, die Arbeiter von 18 Jahren haben dasselbe Interesse an der Arbeitsordnung, wie die großjährigen Arbeiter.

Den Absatz 2 des Paragraphen hält der **Abg. Webel** für schädlich, weil bei einer so wichtigen Angelegenheit sämtliche Arbeiter und nicht nur die Arbeiterschutzbünde gehört werden; was den Antrag **Müller** anlangt, so findet der Redner, daß gerade durch die Petition des Zentralverbandes der Industriellen, welche den Arbeiter nach seinem Eintritt in die Fabrik als Untergebenen des Unternehmers bezeichnet, eine Bestimmung notwendig wird, welche den Arbeitern ein Recht der Anhörung giebt und eine unparteiische Stelle zur Beurtheilung der Arbeitsordnung schafft; diesem Großmachtstheil und Dünkel der Unternehmer der in den Petitionen in der zynischsten und brutalsten Weise zum Ausdruck kommt, muß ein Ende gemacht werden; deshalb sei der Antrag **Müller** abzulehnen.

Geb. Rath Lohmann tritt für die Regierungsvorlage mit den Amendements **Stumm** ein, welche ein den Arbeitern zustehendes Recht gewährleistet.

Abgg. **Dr. Schmidt** und **Dr. Hirsch** wenden sich gegen die Ausführungen des **Abg. Puttkamer** und erachten es für notwendig, daß die Arbeiter einschließlich der Minderjährigen vor Erlass der Arbeitsordnung gehört werden.

Abg. **Dr. Wittmer** kann dem Antrage **Müller** nicht zustimmen trotz der Befürchtungen, welche von Seiten der Industrie erhoben sind; der vorgeschlagene Weg giebt die Möglichkeit der Wiederherstellung eines besseren Zustandes, und da der Redner es für die Pflicht des Staates hält, Alles zu versuchen, den Frieden zwischen Arbeitern und Unternehmern zu fördern, bittet er die Regierungsvorlage anzunehmen.

Abg. **Müller** betont nochmals, daß er sich nur zum Sprachrohr der Industriellen gemacht habe; für seine Person stimme er der Vorlage zu und habe stets danach gehandelt; er wolle durch die Abstimmung über seinen Antrag Klarheit schaffen; jedenfalls aber bittet er, die Gefahren durch Annahme seines eventuellen Antrages abzuschwächen.

Auch in Rücksicht auf die Situation der Arbeiterbevölkerung sei der Anhörung kein so großer Werth beizulegen.

Abg. **Singer** fährt aus, daß die Verhältnisse der Arbeiter im Großen und Ganzen gleichartig sind und daß es daher weniger darauf ankommt, daß bestimmte Personen gehört werden,

sondern darauf, daß die Arbeiterklasse in ihren Vertretern zum Worte kommt. Der Redner geht auf die Petitionen ein, an deren Inhalt er nachweist, daß dieser die Nothwendigkeit der Bestimmung zur Menschenpflicht macht. Die Unternehmer nehmen das absolute Herrenrecht für sich in Anspruch und demgegenüber müssen scharfe und durchgreifende Änderungen in dem Verhältnis der Arbeiter zu den Unternehmern vorgenommen werden und zwar zu Gunsten der Arbeiter. Der Redner wünscht, daß die Gesamtheit der Arbeiter gehört wird und daß dieses Recht nicht auf einen Ausschuss delegirt werden soll; außerdem empfiehlt er Ablehnung des Amendements **Stumm** sowohl, als auch die Ablehnung des prinzipiellen und eventuellen Antrages **Müller**.

Abg. **Schmidt** erklärt, daß es sich bei den Forderungen der Petitionen nicht um den gesammten Unternehmerstand handelt, sondern um Auswüchse desselben, die zu beseitigen er und seine Freunde gewillt und bereit sind.

Der Referent empfiehlt, die Debatte, resumierend die Annahme der Regierungsvorlage mit seinen Amendements.

Der Korreferent dagegen wünscht nur Absatz 1 der Vorlage anzunehmen und zwar ohne die Amendements **v. Stumm** und alle anderen Anträge abzulehnen.

Bei der Abstimmung wird Absatz 1 unter Einfügung der **Stumm'schen** Amendements angenommen; ebenso wird Absatz 2 angenommen.

Bei der Gesamtabstimmung wird § 184 d angenommen, damit ist der Antrag **Müller** abgelehnt.

Nächste Sitzung Morgen Vormittag 10 Uhr.

Die Abg. **Webel**, **Molkenbühr** und **Singer** haben folgenden Antrag gestellt:

Die Kommission wolle beschließen, dem § 184 c Absatz 1 folgende Fassung zu geben:

Die Arbeitsordnung, sowie jeder Nachtrag zu derselben ist unter Mittheilung der seitens der Arbeiter geäußerten Bedenken, dem Gewerbegericht und, wo ein solches nicht besteht, den im § 189 b bezeichneten Aufsichtsbeamten zur Genehmigung vorzulegen.

Gegen die Entscheidungen des Gewerbegerichts bezw. der im § 189 b bezeichneten Aufsichtsbeamten findet binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde statt.

Sittlicher Verderb. Das „Leipziger Tageblatt“ hat die Schamlosigkeit, einen Aufruf zu den Stadtverordnetenwahlen mit den Worten zu schließen:

„Die revolutionäre Gefahr der Sozialdemokratie ist die geringste — die größere ist der sittliche Verderb der Massen, den sie so systematisch betreibt.“

Und diese frohe Verleumdung findet sich in dem Organ der Millionendiebe: **Jerusalem** und **Winkelmann** — in dem Moniteur des Herrn **Sparig!**

Jerusalem ist todt, aber **Winkelmann** lebt, und ist auf räthselhafte Weise der Auslieferung nach Europa entgangen. Unsere Leser wurden seiner Zeit von den näheren Einzelheiten in Kenntniß gesetzt, und wir bemerkten damals, es werde sich empfehlen, die Sache im Reichstag zur Sprache zu bringen. Das hat, wie uns jetzt mitgetheilt wird, unter den ordnungsparteilichen Freunden des Millionendiebes einen panischen Schrecken hervorgerufen, aber auch unter den Opfern des **Winkelmann** den Entschluß hervorgekufen, unsern Rath zu befolgen. Und da entspann sich denn ein interessanter Briefwechsel, den wir in der „Leipziger Gerichtszeitung“ von gestern finden und der sehr deutlich zeigt, wo „sittlicher Verderb“ ist. Einer der Betroffenen wandte sich nämlich an den national-liberalen Vertreter für Leipzig-Stadt, Herrn **Göh** (Bruder des „Debbgen-Göh“) und fragte denselben unter Darlegung des Sachverhalts und Beifügung einiger Zeitungen, ob er die Sache im Reichstag vertreten wolle. Die Antwort lautete:

Geehrtester Herr!
Von Ihrem Vorschlag (die Angelegenheit im Reichstage vorzubringen) in Nr. 82 der „Gerichtszeitung“ erhielt ich erst durch Ihre geehrte Zuschrift vom 26. d. M. Kenntniß.

Da Sie kategorisch „Ja“ oder „Nein“ als Antwort verlangen, so erkläre ich, daß ich mit „Nein“ antworten muß, da ich meine Aufgabe im Reichstage nicht dahin gehend auffasse, für private Interessen eintreten zu sollen, auch wenn diese ihre Vertretung an dem Orte meiner Wahl zum Reichstage haben.

Wenn die Schritte bekannt sind, welche von dem verstorbenen Minister **Abeken** in der fraglichen Angelegenheit gethan worden sind, und die neuesten Erörterungen und deren Erfolge kennt, wird auch vom Reichstage in dieser ihm fern liegenden, öffentlichen und privaten Sache keinen Erfolg erwarten können.

Es dürfte wohl einzig die Sache der Interessenten sein, selbst Schritte zu thun, um ihre Absichten zu erreichen.

Leipzig, d. 2. Nov. 1890.
Hochachtungsvoll
(Unterschrift.)

Der Briefschreiber, dessen Namen jederseit genannt werden kann, hat hierauf umgehend dem Herrn **Göh** wörtlich geantwortet:

Leipzig, 4. Nov. 1890.

Sehr geehrter Herr!

Seit gestern Abend bin ich im Besitz Ihres geschätzten Schreibens vom 2. d. Mis. Dasselbe dürfte in unserer Stadt einiger patriotischer Erregung begegnen. Nicht der Befandte Leipzig, nicht der Bevollmächtigte einiger schändlich betrogenen Aktionäre eines Privatunternehmens hat in Buenos Ayres eine Niederlage erlitten, sondern der Vertreter des großen mächtigen Deutschlands, das die unvergleichliche Staatskunst eines **Bismarck** mit einer materiellen und moralischen Kraft ausgestattet hatte, auf welche der früher im Auslande verpönte Deutsche sich glücklich und stolz verlassen durfte. Und wenn dieses große, mächtige Deutschland mit seiner Forderung abgewiesen wird, so sehen Sie hinein nur eine dem Reichstage fern liegende, bittliche private Sache, bei deren Verletzung vor dem Reichstage ein Erfolg nicht erwartet werden kann? Nein, mein Herr! Ich bin anderer Meinung. Der deutsche Reichstag ist nicht dazu da, um mit dem Gelde der Steuerzahler einen Gefanden besolden zu lassen, der vor einer Gesellschaft, die einen **Winkelmann** schändend ungiebt, bedauernd, aber wirkungslos, seines Amtes zu walten hätte. Haben wir keinen Auslieferungsvertrag mit Argentinien, diesem Eldorado aller Spitzbuben, so auch solcher erzwungen werden und an der Mitwirkung der gleich uns interessierten jüdischen Staaten wird es nicht fehlen. Um die Erlangung dieser Zustimmung handelt es sich, um eine Aufgabe, die, für einzelne Interessenten unzulänglich, nach meiner von Ihnen bestrittenen Ansicht die denkbar sympathischste für einen Abgeordneten Leipzig sein mußte.

Die Anspielung auf die Schritte des verstorbenen Herrn **Infanzinistens v. A.** ist deshalb unverständlich, weil trotz

aller Anstrengungen der Presse und der Bemühungen Einzelner die „Leipziger Zeitung“, in Anlehnung an die Ausdrucksweise des Generals Pobjedinski vor Paris, konsequent nichts anderes mitgeteilt hatte, als daß an kompetenter Stelle von einer Arretur und Auslieferung Winkelmann's „etwas nicht bekannt“ sei.

Die beiden, Ihnen überreichten und für Sie werthlosen Zeitungen erbitte ich mir, falls dieselben noch vorhanden sein sollten, ergebenst zurück.

In vorzüglicher Hochachtung
(Unterschrift).

Da der nationalliberale Abgeordnete für Leipzig-Stadt eine so merkwürdige Scheu davor hat, dem „sittlichen Verderb“ eines Parteigenossen zu Leibe zu gehn, werden sich die von dem nationalliberalen Millionendieb bestohlenen Bürger an den sozialdemokratischen Vertreter für Leipzig-Land, Geyer, wenden, der als Sozialdemokrat für „sittlichen Verderb“ keine so groben Rücksichten hat.

Dorhin erwähnten wir schon des Hrn. Sparig. Betreffs desselben schreibt man uns, was mancher unserer Leser interessieren wird:

Wiederum ist einer unserer grimmigsten, aber auch gehässigsten Gegner von der Nemesis erreicht worden. Das heutige „Leipziger Tageblatt“ enthält folgende Notiz, deren Abdruck ihm sicher nicht leicht geworden ist:

Königliches Amtsgericht Leipzig.
Leipzig, 11. Nov. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Carl August Bruno Sparig, Inhabers des Agentur- und Kommissionsgeschäfts unter der Firma: Richter & Sparig hier, ist heute am 11. November 1890, Vormittags 10^{1/4} Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Verwalter: Herr Rechtsanwalt Kubert, hier. Wahltermin: am 28. November 1890, Vormittags 11 Uhr. Anmeldefrist: bis zum 18. Dezember 1890. Prüfungstermin: am 23. Dezember 1890, Vormittags 11 Uhr. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 11. Dezember 1890.

Wer die moralischen Qualitäten und die Lebensweise des Herrn Sparig kannte, wird über diese Nachricht nicht verwundert sein, sie bestätigt nur, was die Eingeweihteren seit Langem sicher erwarteten. Auch ist hervorzuheben, daß die politischen Freunde des Herrn Sparig alles aufgebieten haben, um ihren rücksichtslosesten aber auch unfruchtbarsten Agitator über Wasser zu halten, aber auch die Freundschaft

hat ein Ende, sobald sich zeigt, daß alle Hilfe auf unfruchtbar Boden fällt. Der Leipziger Nationalliberalismus hat durch den Konkurs Sparig's abermals eine arge moralische Schlappe erhalten, die sich würdig derjenigen anreicht, die er durch die Jerusalem und Winkelmann erhielt.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung am 13. November, 11 Uhr.

Die Vänke des Hauses sind sehr stark besetzt. Am Regierungstische: v. Caprivi, v. Bötticher, Miquel, v. Scheffling, Herrfurth, v. Maybach.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Präsidiums. Auf Vorschlag des Abg. Stengel wird zum ersten Präsidenten der Abg. v. Köller durch Applausion wiedergewählt, ebenso der Abg. v. Heere zum ersten und der Abg. v. Vanda zum zweiten Vizepräsidenten.

Zu Schriftführern werden ebenfalls die Herren Schriftführer aus der vorigen Session wiedergewählt.

Das Wort erhält sodann Ministerpräsident v. Caprivi: Derselbe bringt die Gesetze betr. Steuerreform, Landgemeindeförderung, Volksschulgesetz u. mit nachstehenden Worten ein. Nach reichlicher Ueberlegung habe das Ministerium die Ueberzeugung gewonnen, daß ein späterer Termin für die Einbringung dieser Gesetzentwürfe nicht habe gewählt werden können. Wegen wichtiger Arbeiten im Reich, so namentlich auch wegen der sozialen Reformgesetze habe manche Reform in Preußen bisher zurückgestellt werden müssen. Um so mehr sei jetzt eine frühzeitige Einberufung des Landtages geboten gewesen, um eine Berücksichtigung der gegenwärtigen Vorlagen in dieser Session zu ermöglichen. Die Frage, ob nicht ein Theil der Vorlagen erst hätte an das Herrenhaus gebracht werden müssen, habe das Staatsministerium verneinen müssen, weil eine disparate Behandlung aller dieser Vorlagen am ehesten bei einer Vorwegberathung hier in diesem Hause zu vermeiden sei. Die jetzige Vorlegung aller dieser vielen und wichtigen Gesetzentwürfe sei ein Beweis für die große und stetig andauernde Schaffensfreudigkeit unserer Beamtenhaft. Näheres über die einzelnen Gesetzentwürfe sei den Herrn Reformministern für die erste Berathung derselben vorbehalten. Er selbst wolle nur Weniges vorausschicken. Eine Vorlage, betreffend Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen, werde noch in dieser

Woche dem Hause zugehen. Bezüglich der Einkommensteuer könne er nur wiederholen, daß es auf eine Vermehrung der Einnahmen nicht abgesehen sei — wie das schon in der Thronrede gesagt worden sei — sondern nur auf eine gerechtere Verteilung der Steuerlast. Dasselbe gelte von der Gewerbesteuer-Vorlage. Was die Erbschaftsteuer anlangt, so sei die in Aussicht genommene Besteuerung des an allen nächsten Verwandten Erbes nur eine geringe, nur 1/2 pSt. Das Volksschulgesetz bezwecke hauptsächlich eine gerechtere Verteilung der Schullasten und eine bessere Regelung der Pensionsverhältnisse der Lehrer. Den Konfessionen solle in diesem Gesetze soweit Rechnung getragen werden, als sich das nur immer mit dem Interesse des Staates vertrage, so vor allem in Bezug auf den Religionsunterricht. Die neue Landgemeindeförderung suche, soweit möglich, die Selbstständigkeit der Gemeinden und Gutsbezirke zu erhalten, aber da, wo dieselben leistungsunfähig seien, zu Zweckverbänden zu vereinigen. Auch den Nicht-Angesehnen in einer Gemeinde solle das Recht, in der Gemeinde vertreten zu sein, gewährt werden, aber ohne Schädigung der Interessen des Grundbesitzes. Die Regierung schlage deshalb vor, die Zahl der nicht angesehenen Vertreter in der Gemeinde auf ein Drittel der Gesamtzahl der Gemeindevertreter zu bemessen und außerdem hervorragenden Grundbesitzern ein verstärktes Stimmrecht zu geben. Die Staatsregierung habe sich auch mit der Frage beschäftigt, ob die bestehenden Gesetze ausreichen, um die Ordnung und Sicherheit des Staatslebens zu gewährleisten. Sie habe aber diese Frage bejaht. Sie würde allerdings nicht zögern, weitere Gesetzesmaßregeln zu ergreifen, und alle Machtmittel des Staates anzuwenden, wenn das erforderlich werden sollte. Aber sie habe sich von diesem Erforderniß noch nicht überzeugt und will zu keinen neuen Maßnahmen, lediglich aus Besorgniß schreiten (Beifall). Die Regierung wolle das um so weniger, als sie von den gegenwärtigen Vorlagen hoffe, daß dieselben die Theilnahme Aller mit Kopf und Herz an dem Staate fördern würden, sei es ja doch die Tendenz dieser Vorlagen, die schwächeren Schultern zu entlasten. Diese Vorlagen würden daher dazu dienen, die Liebe zu den Gemeinden und damit auch die Liebe zum Staate zu stärken. Er hoffe, das Haus werde gern die bevorstehenden Opfer an Arbeit bringen, wo es sich darum handle, den staatsgefährlichen Bestrebungen gegenüber die staats-erhaltenden zu vertreten. Er schließe mit dem Appell an das Haus, daß, wie im Kriege, Alles zusammenstehe für das Vaterland, und daß, wie im Kriege, alle Parteien ihre inneren Streitigkeiten begraben möchten. (Lebhafter Beifall.)

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 20. d., 11 Uhr.
Erste Berathung der Einkommen- und der Gewerbesteuer-Vorlage.

Theater.

Freitag, den 14. Novbr.
Opernhaus. Mignon.
Schauspielhaus. Die Kopisten.
Dierauf: Graphologie. Zum Schluß: Post festum.
Lieding-Theater. Sodoms Ende.
Berliner Theater. Die Journalisten.
Deutsches Theater. Das verlorene Paradies.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Königsgarbit. Sonne und Erde.
Wallner-Theater. Der Bauern- doktor. Pension Schüller.
Residenz-Theater. Scylla und Charopdis. Familie Moulinaud.
Victoria-Theater. Die Million.
Sellealliance-Theater. Ramsell's Pitouche.
Ostend-Theater. Zimmermann's Rene.
Thomas-Theater. Der Wetter- trock.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.
Hauptmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gehr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Renz.

Karlstraße.
Freitag, den 14. November,
Abends 7 Uhr.

Romiker-Vorstellung.

Auftreten der Clowns C. Godlewsky, Paul und William, Germanen, Gebr. Dianta und Barne, François, 3 Gebr. Briatore, Misto u. in ihren komischen Entree's und Intermezzo's. Außerdem: Großartige Trempelinsprünge über 4, 6, 8 und 10 Pferde mit Doppel-Saltomortales. Wiener Gigerl-Quadrille, geritten v. 16 Damen. Dr. J. F. Clarke, phänomenaler Reitskünstler. Der berühmte Lustgymnastiker Mr. Rodgers. Enir, Schimmelhengst als Appre- dresirt und vorgef. v. Herrn Fr. Renz. Colmar, geritten von Fr. Clotilde Sager. Auftreten der Damen Fris. Bierach und Miss Willie Meerd, des Dr. B. Filis u. d. kleinen Lion Daffie.

Deutsche Turner.

Große nationale Pantomime vom Hof-Balletmeister A. Stems, inszenirt vom Direktor E. Renz. Musik von A. Cah- dley. Dekorationen, Kostüme, Requisiten, Wagen auf das Prachtvollste.
Morgen: Vorstellung. — An Sonn- und Festtagen 2 Vorstellungen.
E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Str.
Freitag, den 14. November,
Abends 7^{1/2} Uhr.

Gala- u. Benefiz-Vorstellung

für die Spezialitäten-Familie Fr. Ada, Mignon, Herr Thoma, Alfred, Fred und Alfred Leon son.
Besonders hervorzuheben: Klarische Spiele von den Benefizianten. Dr. Alfred als Jodek. Schulreiterin Fr. Ada mit dem Vollblutpferd „Elliop“. Doppel-Trapez von den Geschw. Leon. La Perce, Kraft- und Balance-Pferd, vom Benefiziant Alfred Leon son. und Dr. Melas. Thomas Leon, Saltomortal- Reiter. Freizeitspferd Jammarie, vorgeführt von Fr. Ada Leon. Ferner: 12 Happhenagste, in Freiheit vorgeführt von Herrn Max.

Original-Clown Duroff. Sprache Springfahrtschule ger. von Herrn Ernst Schumann. Altdeutsche Quadrille geritten von 8 Damen und 8 Herren. Barforce-Reiter Hesse. Entrée comique vom Clown Tanti. Dr. Arsène Loyal als Jongleur.

Morgen: Große Gala-Sport-Vorstellung. — Zum 1. Male: Puppenfee, irland. Stute, (Privateigentum eines bekannten Sportsmanne) in 3 Wochen für die hohe Schule dressirt u. geritten von Herrn Ernst Schumann.

Heute, Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung

der Parteigenossen des V. Berl. Reichstags-Wahlkreises
in Saale der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee Nr. 10-11.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertrauensmannes für den 5. Wahlkreis. 4. Verschiedenes.
Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.
Der Einberufer.

Gr. öffentl. Volksversammlung für Mariendorf u. Umgegend

am Sonnabend, d. 15. Nov., Abends 8^{1/2} Uhr, im Saale des Hrn. Glocksdorf.
Tages-Ordnung:
1. Der Parlamentarismus und die Sozialdemokratie. Referent: Reichstags-Abgeordneter August Bebel. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellerfassung statt.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Friedrichshagen! Große öffentliche Volks-Versammlung für Männer und Frauen

am Sonnabend, den 15. November 1890, Abends 8^{1/2} Uhr, im Saale des Gesellschaftshauses.
Tagesordnung: 1. Bericht der Delegirten vom Parteitag zu Halle. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertrauensmannes für Friedrichshagen. 4. Verschiedenes. — Der wichtigen Tagesordnung wegen bittet um recht zahlreiches Erscheinen
Der Einberufer.

Reinickendorf! Am Sonntag, den 16. November, Nachmittags 1^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Lüdicke:

Oeffentliche Versammlung des Jagvereins der Bau- und gewerblichen Hilfs-Arbeiter für Reinickendorf und Umgegend.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn C. Lange aus Hamburg über Zweck und Nutzen einer gewerkschaftlichen Organisation. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragen.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Grosse öffentl. Versammlung für Frauen und Männer

am Freitag, den 14. November, Abends 8^{1/2} Uhr, im Lokale Königshof, Bülowstraße 38-40.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: Freie Liebe. Referent Peus. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellerfassung statt.
Um recht zahlreichen Besuch wird gebeten.
Der Einberufer.

Vereinigung der Drechsler Deutschlands (Stochbranche) Versammlung mit Damen

am Montag, den 17. November 1890, Abends 8 Uhr, in Gratwills Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79.
Vortrag der Frau Jhrer über: Die wirtschaftliche Stellung der Frauen. Nach dem Vortrag: Geselliges Beisammensein und Tanz.
Die Mitglieder sämtlicher Zellen sind eingeladen. Gäste willkommen.

Weltchöpfung u. Weltuntergang.

Die Entwicklung von Himmel und Erde auf Grund der Naturwissenschaften. Populär dargestellt von Oswald Köhler.
Zweite berichtigte und erweiterte Auflage. — Mit 60 Abbildungen. Heft 1-12 der zweiten Auflage ist erschienen und durch unsere Expedition, Beuthstraße 3, zu beziehen.
Komplett in 15 Lieferungen à 20 Pfennig. Wiederverkäufeln Rabatt.

Englischer Garten.

Direktion: C. Andress, Alexander-straße 27c.
Franka Scholz, Kostüm-Soubrette.
Geschw. Wildenfels, Gesangs-Quettisten.
Richard Gersdorf, Sächsischer Gesangs-Humorist.
Adolf Gödicke, Minister, Stimmen-Imitator und Charakter-Komiker.
Truppe Blumenfeld, Barterre-Gymnastiker, Ballet und Tanzkünstler.
Anfang Wochentags 8 Uhr. Sonntags 5^{1/2} Uhr.
Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stablifement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Grosses Concert.
Direktion A. Ködman.
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
Wochentags 10 Pf.
Entrée Sonn- und Festtags 25 Pf.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Auswahl von Bahnhofs-Export-Bier, Seidel 15 Pf.
641 F. Müller.

Gratweil'sche Bierhallen Kommandantenstr. 77-79.

Täglich:
Grosses Concert mit Quartett-Sängern, ausgeführt von dem Musik-Direktor S. Sanftleben.
Wochentags: Frei-Concert. Sonntags Entrée 20 Pf.
Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
708 F. Sadtke.

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins

Andreasstr. 23, S. Pt.

Castan's Panopticon.

Entrée 50 Pfg., Kinder 25 Pfg.
8-9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Vorstellung Vorm. 11^{1/2} u. 12^{1/2} Uhr.
Nachm. v. 4^{1/2}-5^{1/2} Uhr stündl. eine Vorstellung.
Extra-Entrée 30 Pfg. Kinder frei.

Passage-Panopticon.

Unter den Linden 22/23, 1742
Lebensgroße Badysignen.
Panoramen.
Dioramen.
Etnographische Sammlungen.
Italienische Volkslieder.
Entrée 50 Pf.
Geöffnet von 10 bis 9 Uhr.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren.

Ganze Ausstattungen empfiehlt
Moritz Gläser, 400
167. Reichenbergerstr. 167.
Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen, Einziehung von Forderungen. 131
Pollak, jehd Georgenfirchstr. 24 ll.

Geschäftshaus S. Heine

Chausseestr. 14.
Die schönsten Kinderkleider und -Zaden für Mädchen jeden Alters, sowie Morgenröde, Unterröde, Trikottailen u. Bloujen, auch im Einzelverkauf sehr billig! Maßbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt! Normal-Unterkleider und Trikottagen für Herren, Damen und Kinder. Strümpfe, Socken, Handschuhe u.
Geschäftshaus S. Heine.

Mehlhandlung L. Brachvogel,

Manteuffelstr. 75. 82
Graupen, gefchl. fein u. mittel 25 Pf. mittelfein 20 „ mittel 20 „ mittelstark 20 „ Rälberjähne 15 „ Saferröhrle, grob u. gemahlen 20 „ Buchweizenröhrle, fein u. grob 18 „ Sago, weiß, echt 30 „ Griesnudeln, fein und stark 40 „ Nudeln, gewöhnlich 25 „ Eiernudeln 45 „

Herren- u. Knaben-Filzhüte

mit Arbeiter-Kontroll- markte.
Ferdinand Henke, Donnowitzstr. 1, Ecke Steglitzerstraße.
Dr. Hoesch, hombd. Rath. Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 13. November.

Der Vorsitzende, Stadt. Dr. Stryp, eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen. Nach Eintritt in die Tagesordnung wird die Vorlage, betreffend die Deckung der von dem früheren Buchhalter Krüger bei der Hauptkasse der städtischen Werke unterschlagenen Geldbeträge (48 000 M.) verhandelt.

Stadt. Stadthagen beantragt die Ueberweisung der Angelegenheit an eine Kommission, da die Angelegenheit in der Vorlage des Magistrats noch nicht genügend geklärt erscheine.

Stadt. Langerhans und Stadtkämmerer Maack sind entgegengehaltener Ansicht und bitten die Magistratsvorlage anzunehmen, welche die Beiträge von der Hauptkasse übernehmen und von den Ueberhörschaften des Rechnungsjahres decken lassen will. Der Antrag auf Beratung durch einen Ausschuss wird abgelehnt.

Stadt. Singer hebt hervor, daß die Aufklärungen des Stadtkämmerers, die er heute gegeben hätte, genügend seien, und daß nur die Unklarheit der Magistratsvorlage zu dem Antrag auf Ausschussberatung geführt hätte.

Die Vorlage des Magistrats wird genehmigt. Es wird hierauf die Wahl eines unbesoldeten Stadtraths durch Stimmzettel vorgenommen. Gewählt wird Oberamtmann Straube mit 94 Stimmen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Berichterstattung über die Proteste gegen die Gültigkeit der Wahl des Stadtkämmerers Dr. Bachler und des Oberlehrers Dr. Müller zu Stadtverordneten. Der Protest gegen die erste Wahl hatte die Versammlung schon einmal beschäftigt und damals war beschlossen worden, den Magistrat zu ersuchen, die Beweisaufnahme durch protokolllarische, nöthigenfalls zeugeneidliche Vernehmung des Stadtverordneten Prezel in der Angelegenheit seines Briefes und des Vorlesers des 37. Stadtpostamtes, sowie durch Einholung einer amtlichen Auskunft der Ober-Postdirektion zu erlangen.

Der Magistrat hat diesen Beschluß ausgeführt. Stadtverordneter Prezel gab zu, an den inzwischen verstorbenen Ober-Postdirektor Schiffmann den Brief veranlaßt zu haben, der folgenden Wortlaut hat:

„Der ergebenst Unterzeichnete beehrt sich in der Anlage eine Liste derjenigen Beamten zu überreichen, welche Wähler im 32. Kommunal-Wahlbezirk sind. Bei früheren Wahlen hat dieser Kommunal-Wahlkreis namentlich durch die Beteiligung der Beamten ca. 1200 Stimmen und damit den Sieg für die Bürgerpartei gehabt. Bei der letzten am 15. April stattgehabten Wahl sind nur 400 Stimmen, und darunter nur sehr wenige von Beamten abgegeben worden. Es ist doch dringend wünschenswert, daß die unbedingt königstreuen Vertreter der Stadt, wie es jetzt fast den Anschein hat, nicht ganz aus dem Rathsaufe verschwinden. Der 32. Kommunal-Wahlkreis hat zweimal den Kandidaten der Bürgerpartei durchgebracht, und würde es sicher auch dieses Mal, wenn die Beamten, wie wir es erwarten und erbitten, sich bei der Wahl beteiligen.“

Meine ergebene Bitte und Antrag geht dahin, die anliegende Liste für die betreffenden Abtheilungen zu theilen und den Herren Abtheilungsvorständen aufzugeben, daß den Wählern am 6. Mai d. d. Morgens 9 und Abends 6 Uhr 1/2 Stunde Urlaub gegeben wird, zu dem Zweck, sich bei der Wahl zu beteiligen.

Ich bin event. bereit, eine Liste derjenigen Beamten, welche sich trotz dem bei der Wahl nicht beteiligen, ev. Wohlgeborenen nach dem 6. Mai einzureichen.“ (!!!)

Er habe den Brief einem Herrn in die Feder diktiert und habe ihn auch nicht eigenhändig unterschrieben. Der letzte Absatz des Briefes sei ohne sein Wissen hinzugekommen. (!)

Der Ober-Postdirektor Griesbach bestätigt in seiner Auskunft, daß dieser Brief durch Herrn Schiffmann den beschriebenen Postämtern zur Kenntniß vorgelegt worden sei. Der Vorsitzende des Postamtes 37 (Schwedterstraße) habe das Prezel'sche Schreiben den an der Wahl beteiligten Beamten und Unterbeamten seines Amtes — etwa 6 Personen verlesen lassen. Der Vorsitzende des Postamtes 54 (Volhingerstraße) habe aus den von Prezel mitgeschickten Listen die Namen der in Betracht kommenden Beamten — im Ganzen zwei — herausgezogen und diese an die Erfüllung ihrer Wahlpflicht erinnert. (!) Bemerkungen über die zu wählende Person sollen von keinem der erwähnten Vorleser gemacht worden sein.

Der Ausschuss beantragt angesichts dieser Beweisaufnahme die Wahl Bachler's für ungültig zu erklären.

Berichterstatter ist der Stadt. Meyer I. Er giebt eine Darstellung der Vorgänge und verliest den Prezel'schen Brief, der mit zahlreichen „Hört! Hört!“ und dessen Schlusssatz mit kräftigen „Puh!“ von der Versammlung aufgenommen wird. Unbegreiflich sei die moralische Entrüstung der Herren Prezel und Dr. Wailen, die sie über angebliche Fälschung des Briefes in der letzten Sitzung, die sich mit dieser Angelegenheit befaßt, zur Schau getragen haben. Der Brief sei in dem Protokoll dem Sinne nach genau mitgeteilt worden. Es sei doch sehr fraglich, ob der Ober-Postdirektor eine Aufforderung etwa der Sozialdemokraten, den Beamten freie Zeit für die Wahl zu gewähren, den Beamten so bereitwillig mitgeteilt hätte. (Große Heiterkeit.) Bei dem Nothstand, in dem sich viele kleine Beamten befinden, müssen die Drohungen, welche in dem amtlich verbreiteten Parteibrief enthalten seien, sehr wirksam gewesen sein. Das Wahlergebnis sei durch unzulässige Beeinflussung der Beamten herbeigeführt und müsse deshalb kassirt werden. Auch das Mitglied der Bürgerpartei im Ausschuss habe für die Ungültigkeitserklärung der Wahl gestimmt.

Stadt. Dr. Wailen hebt hervor, daß der Beschluß der Versammlung nicht endgültig sei und daß das Ober-Verwaltungsgericht die letzte Entscheidung habe. Der Ober-Postdirektor habe das Schreiben den Beamten ja nur zur Kenntnissnahme vorgelegt (Gelächter), 8 Beamten hätten es nur kennen gelernt; die anderen Beamten hätten nichts davon gewußt (große Gelächter). Der Nachweis, daß die Behörde sich darum gekümmert habe, ob die Beamten den sogenannten Wink mit dem Hauptwahl beachtet hätten, sei nicht einmal versucht worden. Die Freimüthigen seien mit ihren Wahlbeeinflussungen auch nicht gestimmt hätte, würde er alsbald entlassen werden sein. (Große Unruhe.) Thun Sie, was Sie nicht lassen können. Wir rufen: Auf Widerspruch vor dem Verwaltungsgericht! Wir bauen auf den alten Spruch: Es giebt noch Richter in Berlin. (Unruhe.)

Stadt. Dr. Goring: Das Ober-Verwaltungsgericht kann bei der gewohnheitsmäßigen Anwendung formalistischer Gesichtspunkte vielleicht die Wahl für gültig erklären. Das darf uns aber nicht abhalten, gegen die lächerlichste Verfälschung der Wahl zu protestiren und die Wahl rein zu halten. (Beifall.) Das ist die Aufgabe jedes unabhängigen Mannes ohne Rücksicht auf die Parteibindung. Alle Anschuldigungen, die Prezel gegen den Verfasser des Protestes erhoben habe, seien leicht-

fertig erhoben. Der wirkliche Brief Prezels habe einen noch viel schlimmeren Inhalt gehabt, wie der im Protokoll angeführt. Stadtverordneter Wailen thue so unschuldig und glaube, daß nur 8 Beamte von dem Briefe Kenntniß erhalten hätten. In Wahrheit seien alle Beamten dadurch beeinflusst worden. Nicht um eine ziffermäßige Berechnung handle es sich, sondern um die Wahrung des Prinzips, auf dem die kommunale Selbstständigkeit beruht: Wir wollen Herren in eigenen Häusen bleiben.

Stadt. Prezel hat geglaubt, daß die Versammlung ihm sehr dankbar für die Auslieferung des Briefes sein würde (Gelächter), da er zu dieser Auslieferung durchaus nicht gezwungen gewesen sei. Eine böse Absicht habe ihm fern gelegen, vor allem der Versuch einer Wahlbeeinflussung (Gelächter). Die Gründe hätte er im Briefe nur angegeben, um beim Oberpostdirektor seine Absicht zu erreichen. (Große Gelächter.) Den Schlusssatz im Briefe müsse er selber als sehr ungehört bezeichnen; er rühre nicht von ihm her. Er lasse sich aber vertheidigen; es sollte verhindert werden, daß die Beamten, wenn sie Urlaub erhielten, etwa auf die Jagd gingen. (Gelächter.)

Stadt. Singer: Wailen hat gesagt, er wolle sich kurz fassen: Die Speisefarte, die heute noch zu erledigen sei, wäre zu lang. Wenn ich das Bild von der Speisefarte annehme, dann muß ich sagen: Diese Angelegenheit ist die unappetitlichste Speise, die sie bietet. (Große Heiterkeit.) Nicht der Brief des Herrn Prezel ist für mich die Hauptsache; er ist weiter nichts als eine Verleumdung gegen den Ober-Postdirektor, dem zugemuthet wird, sich in den Dienst einer bestimmten Partei zu stellen. Und das sollte doch wenigstens eine Verleumdung sein. Entscheidend ist für mich der Grundsatz: Eine gewonnene Wahl ist keine Wahl, weil sie nicht der Ausdruck der ungehinderten Meinung der Bürgerschaft ist. (Bravo!) Wenn der Einfluß in einer solchen Weise zu Tage tritt, wie hier, dann muß man sich über nichts, als über die Verleumdungsversuche wundern. Auffällig ist es, daß so wenig Bürgerparteieller heute hier erschienen seien, vielleicht stimmt mancher von ihnen mit seinem Parteigenossen Bis überein, der als Mitglied des Ausschusses selber für die Ungültigkeitserklärung der Wahl gestimmt habe. (Sehr richtig.) Wailen sage, er habe als Beamter noch nie etwas von amtlicher Wahlbeeinflussung gespürt. Vielleicht bringt er es noch einmal zum Sozialdemokraten, da wird er sie schon kennen lernen. (Große Heiterkeit.) Was Prezel heute hier empfohlen habe, führe zur schieflichsten Spionage. Das seien die Konsequenzen, wenn man nicht Achtung vor der Wahlfreiheit habe. Solche Verhandlungen wären unmöglich, wenn wir nicht ein so elendes Wahlgesetz hätten, das die Kontrolle der Wähler aus den Listen ermöglicht. Die Regierung würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie bei der beabsichtigten Abänderung der Städte-Ordnung das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht bei den Kommunalwahlen einführt. Ob ein Bürgerparteieller mehr hier im Saale ist, ist gleichgültig. Aber die Wahlfreiheit muß geschützt werden.

Mag der politische Kampf zwischen den Parteien noch so heftig wüthen, die Grundlage des Kampfes, die Wahlfreiheit, muß allen heilig sein. (Beifall.) Die Vorlegung des Prezel'schen Briefes ist wie ein Lauffeuer durch die Kreise der kleinen Beamten gegangen und hat sie beeinflusst. Das liegt auf der Hand. Wir haben die Zeit nicht zu bedauern, welche aus diese Verhandlungen geflossen haben, wenn die Ober-Postdirektion sich zur Selbsteprüfung läßt und in Zukunft Aehnliches vermeiden wird. Thut sie es nicht, so werden wir jedesmal die Freiheit der Wahl vertheidigen, auf daß durch sie die Meinung der Bürgerschaft zum ungehinderten Ausdruck gelangt. (Beifall.)

Die Debatte wird geschlossen.

In namentlicher Abstimmung spricht die Versammlung mit 107 gegen 8 Stimmen die Ungültigkeit der Wahl Bachler aus.

Die Wahl des Oberlehrers Dr. Müller beantragt der Ausschuss (Berichterstatter Stadt. Spinola) für gültig zu erklären. Der Protest stützt sich auf unwesentliche Vorgänge.

Stadt. Wailen erklärt sich gegen den Antrag des Ausschusses. Die Proteste würden verchieden behandelt. Weshalb seien keine Erhebungen über die Angaben des Protestes veranstaltet worden? Hier handle es sich freilich um die Wahl eines Liberalen. Nach den Behauptungen des Protestes hat der Wahlvorstand den liberalen Agitatoren aus der Abstimmungsliste Angaben darüber gemacht, welcher Wähler bereits gestimmt hat, welcher nicht, damit die Schleppe in Thätigkeit treten konnten. Redner beantragt, den Beschluß auszusprechen und den Magistrat zu ersuchen, Erhebungen zu veranstalten.

Stadt. Spinola: Nur über erhebliche Thatsachen müssen Erhebungen veranstaltet werden, nicht über unerhebliche.

Der Antrag Wailen wird abgelehnt und der Ausschussantrag angenommen.

Ein Antrag auf Vertagung der Sitzung wird angenommen. Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

Schluß 8 1/4 Uhr.

Lokales.

Aus der Hochburg des „Freisinn“. Auf dem Parteitag in Halle wurde ein verärrter Angriff auf die Hochburg des Zentrums angelündigt, ein Thurn dieser Partei, Würzburg, war vor einigen Tagen schon bedenklich ins Schwanken gerathen. In Berlin haben wir mit den Schwarzen nicht zu rechnen. Dafür gilt es aber, dem hier die Herrschaft in Händen haltenden Deutsch-„Freisinn“ den Wind aus den Segeln zu nehmen. Eine seiner Hauptthesen ist der Kaufmannsstand. Wenn es hier gilt, mit der Idee des Sozialismus Breche zu legen, dann ist es auch mit dem Deutsch-„Freisinn“ ein für alle Male in Berlin aus, es würde sein Sturz früher kommen, als er sonst durch die allmähliche Entwicklung, infolge der Proletarisirung der Massen, eintreten würde. Man darf sich allerdings nicht verhehlen, daß der Klein-Kaufmannsstand, genau wie das Kleinbürgertum der ganzen Welt, zu verböhrt in seinen kleinlichen Klassenvorurtheilen ist, als daß es eine leichte Aufgabe sein dürfte, sie zu uns herüberzuziehen. Da kommt uns jedoch glücklicher Weise die wirtschaftliche Entwicklung sehr entgegen. Dadurch, daß der Kleinbürger in dem ungezügelteren Konkurrenzkampf immer mehr vom Großkapital verdrängt wird, dadurch, daß auf solche Weise der kleine Handelsmann in den Gehilfenstand, in die Reihen der Lohnarbeiter, in die Reihe des Proletariats, welches unter dem gesammten Proletariat wohl die elendeste Stellung einnimmt, zurückgedrängt wird, dadurch haben wir nur nöthig, unsere Hauptaufmerksamkeit und unsere Hauptagitirung auf die Gehilfen zu richten. Es gilt diesen Verblendeten, diesen trotz ihrer elenden, ja teilweise geradezu hemmwidrigen Lage, Blinden, die Augen zu öffnen. Es muß ihnen Aufklärung über ihre wahre Klassenlage gegeben werden, damit sie einsehen, daß sie nicht nur nichts Besseres sind als die anderen Lohnarbeiter, sondern daß sie, die sogenannten ungelerten Arbeiter, sich in einer weit schlechteren Lage befinden

als wie jene. Ihnen muß begreiflich gemacht werden, daß sie nur durch ein festes Zusammenstehen aller ihrer Glieder energisch gegen die übermüthigsten Uebergriffe ihrer Ausbeuter Front machen können. Vor Allem aber müssen sie aus ihrer Harmoniebesel aufgerüttelt werden, es muß ihnen begreiflich werden, daß es keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit giebt, sondern daß sich diese beiden schroffer gegenüberstehen, als Feuer und Wasser. Dann werden sie auch die deutsch-„Freisinnigen“ Vertreter der „freien Vereinbarung“ mit Entschiedenheit zum Teufel jagen. Heute leider läuft die überwiegende Mehrzahl der Handlungsgehilfen noch hinter der deutsch-„Freisinnigen“ Partei her. Von dieser erhoffen sie noch immer ihr Heil. Und in der That, die berufenen Vertreter des Handelsstandes treten auch für die Gehilfen ein, das zeigt uns sehr deutlich ein Antrag, welchen der Reichstags-„Vogelwarte“ Goldschmidt im Verein mit mehreren seiner Fraktionskollegen vor einiger Zeit im Reichstage eingebracht hat. Aber fragt mich nur nicht Wie? Es ist dies ein Abänderungsantrag zu dem Artikel 81 des Handels-Gesetzbuches. Der Antrag lautet:

Das Dienstverhältnis zwischen dem Prinzipal und den Handlungsgehilfen kann von jedem Theile mit Ablauf eines jeden Kalender-Vierteljahres nach vorgängiger sechswochenlanger Kündigung aufgehoben werden. Ist durch den Vertrag eine kürzere oder längere Zeitdauer oder eine kürzere oder längere Kündigungsfrist bedungen, so hat es hierbei sein Bewenden. Beim Abgange können die Handlungsgehilfen ein Zeugniß über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern. Dieses Zeugniß ist auf Verlangen der Handlungsgehilfen auch auf ihre Führung und ihre Leistungsfähigkeit auszudehnen. In Betreff der Handlungslehrlinge ist die Dauer der Lehrzeit nach dem Lehrvertrage und in Ermangelung vertragmäßiger Bestimmungen nach den örtlichen Verordnungen oder dem Ortsgebrauch zu beurtheilen.

So der Antrag Goldschmidt. Betrachten wir uns nun einmal näher, wie die Herren vom Deutsch-„Freisinn“ den Handlungsgehilfen hinsichtlich deren bejammernswerther Lage helfen wollen. Nach ihrem Antrag soll die sechswochenliche Kündigungsfrist weiter in Kraft bleiben, es soll aber auch weiter in Kraft bleiben die Bestimmung, welche jedem Prinzipal das Recht einräumt, den Vertrag durch einen anderen aufzuheben. So kann ihm einfach — und das ist in Berlin keine Seltenheit — das Recht unbehindert weiter zustehen, den Gehilfen infolge veränderter, etwa einträglicher, Kündigung jederzeit, falls er gerade die Paune dazu hat, einfach die Lust zu setzen. Die „Freisinnigen“ werden sich hüten, gegen diesen Mißstand aufzutreten, sie würden sich damit auch nur einen Faustschlag ins eigene Gesicht versetzen und zum Verräther an ihren eigenen menschlichen Ideen werden. Sie thun ja schon genug, wenn sie den Handlungsgehilfen das Recht zusprechen, sich beim Abgange ein Zeugniß resp. Führungsattest ausbitten zu dürfen. Jedem denkfähigen Menschen, und hoffentlich werden die Gehilfen sich trotz ihrer gedrückten Lage ebenfalls noch so viel Denkvermögen bewahrt haben, um das einzusehen, wird klar sein, daß der Gehilfe durch diesen Antrag Goldschmidt nach wie vor der Willkür des Prinzipals ausgesetzt ist, denn so wie die sozialen Verhältnisse im Handelsstande nun einmal liegen, muß sich der Gehilfe von Seiten des Prinzipals jede Beschränkung seiner Menschenrechte ruhig gefallen lassen, ohne daß er es wagen darf, sich irgendwie anzulehnen, will er sich nicht der Gefahr aussetzen, existenzlos zu werden, und das bedeutet für einen Handlungsgehilfen meistens eine unendlich lange Zeit der größten Entbehrungen und Demüthigungen. Etwas Schutz könnte den Gehilfen nur durch die gesetzliche Festsetzung einer Minimalauflösungsfrist geschaffen werden.

Den Herren Goldschmidt und Genossen bleibt freilich die Genugthuung, die Interessen des Kapitals in der konsequenteren Weise wahrgenommen zu haben, sie können sich mit Befriedigung sagen, daß sie getreu ihrem Manchestertum für die Freiheit eingetreten sind — für die ärgellose Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital. An den Handlungsgehilfen aber ist es, Auge und Ohr endlich zu öffnen und zu erkennen, wo die wahre Vertretung ihrer Interessen liegt, ob es ihre Pflicht und ihr Vortheil ist, sich als Arbeiter fühlend, mit dem gesammten Proletariat gemeinsam zu marschiren oder weiter für den Zukunftsstaat des „großen“ Eugen Richter d. h. für die schrankenlose Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zu schwärmen. Der Sozialdemokratie ist es bisher schon oft genug gelungen, den Unverstand der Massen zu durchdringen, hoffen wir, daß es ihr auch bei dieser Klasse gelingt, Tag zu schaffen.

Zur Koch'schen Entdeckung liegen noch folgende Einzelheiten vor:

Der „B. B. C.“ schreibt:

„Wie uns soeben mitgeteilt wird, beabsichtigt Geheimrath v. Bergmann am 17. d. Mts. in der „Freien chirurgischen Vereinigung“ eine Vorstellung von an chirurgischen Leiden Erkrankten vorzunehmen, welche mit dem Koch'schen Mittel behandelt sind. Bekanntlich ist das Feld der tuberkulösen Erkrankungen, welche vor das Forum der Chirurgie gehören, ein sehr bedeutendes, und es gehören dazu nicht nur der jüngsthin erwähnte Lupus, sondern besonders auch Knochen- und Gelenkleiden. Es giebt indes außerdem kaum einen Theil des menschlichen Körpers, der nicht an Tuberkulose erkranken kann; der Darm, das Bauch- und Brustfell, die Nieren, der Kehlkopf, der Hagen, das Gehirn und seine Häute, das Auge, alle liefern sie dann und wann das Substrat für das tödtliche Leiden. — Wie wir hören, wird Herr von Bergmann die angenehme Gelegenheit haben, sonst nur mit Hilfe schwieriger und gefährlicher Operationen zu heilende Fälle vorzustellen, welche nach Koch'scher Methode behandelt, dieser Eingriffe nicht benötigten. Neben den geheilten Kranken sollen auch solche gezeigt werden, bei denen die Heilung im Wege ist.“

Gestern Morgen fanden in der Klinik des Dr. Levy in der Brenzlauer-Strasse Demonstrationen vor einer Anzahl von Aerzten mit dem Koch'schen Impfoverfahren statt. Herr Dr. Levy stellte zunächst einen Patienten mit ausgebreitetem Lupus vor, der, da der Fall sehr schwierig ist, wiederholten Impfungen unterzogen wurde. Es war bereits eine wesentliche Besserung eingetreten. Bei einem anderen vorgeführten Kranken handelt es sich um einen schweren Fall von Lungenschwindsucht. Der Patient ist noch nicht ganz geheilt, hat aber bereits an Körpergewicht zugenommen. Die Reaktion auf die Impfung erfolgte nach 6 Stunden. Es tritt hohes Fieber, Schüttelfrost, lokale Anschwellung, in einigen Fällen sogar Bewußtlosigkeit ein, die bis 1 1/2 Tage dauern kann. Bei gesunden Menschen erfolgt keine Reaktion. Die letztere erfolgt nur auf Tuberkulose, nicht auf andere Krankheiten. Die Substanz wirkt so spezifisch auf Tuberkulose, wie Jodkali auf Syphilis. Erwachsene Kranken wird 0,1 Gramm von der wirksamen Substanz eingespritzt und zwar an einer gesunden Stelle der Haut. Die Substanz gelangt auf dem Wege der Blut- oder Lymphgefäße zu den erkrankten Partien; sie gelangt nicht an die verletzten Stellen. Deshalb werden auch noch nach auffälliger Besserung Bazillen gefunden.

Professor Robert Koch wird den ersten Vortrag über die Ergebnisse seines Verfahrens bereits zu Anfang nächster Woche in

einer hiesigen ärztlichen Vereinigung halten; zu der betreffenden Sitzung sind schon besondere Einladungen an die Mitglieder ergangen. Der große Hauptvortrag des Meisters folgt dann, wie bereits mitgeteilt wurde, am 26. d. M. in der Medizinische Gesellschaft. Der Termin ist so weit hinausgeschoben, weil hervorragende transatlantische Ärzte ihr Erscheinen zu dem epochenmachenden Vortrage angemeldet haben. Es sind übrigens schon zahlreiche fremde Mediziner, so z. B. russische, hier eingetroffen, um, sobald es möglich ist, das Koch'sche Verfahren an der Quelle zu studieren. — Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß auf Veranlassung des Herrn Geheimen Rath Koch Herr Dr. Th. Wegl mit chemischen Studien über den Tuberkelbazillus im hygienischen Institut beschäftigt sei. — Geheimrath von Bergmann beabsichtigt ebenfalls am 17. d. Mts. in der „Freien chirurgischen Vereinigung“ eine Vorlesung von an chirurgischen Leiden Erkrankten vorzunehmen, welche mit dem Koch'schen Mittel behandelt sind. Wie ein hiesiges Blatt hört, wird Herr von Bergmann die angenehme Gelegenheit haben, sonst nur mit Hilfe schwächerer und gefährlicher Operationen zu heilende Fälle vorzustellen, welche nach Koch'scher Methode behandelt, dieser Eingriffe nicht bedürftig. Neben den geheilten Kranken sollen auch solche gezeigt werden, bei denen die Heilung im Wege ist. Wie wir bereits gestern melden konnten, soll für Geheimrath Koch ein eigenes Baracken-Lazareth zwischen Charité und Stadtbahn errichtet werden. — Der Entdecker behält sich die Auswahl der Fälle bis auf Weiteres vor. Dirigirender Arzt soll Professor Brieger, der um die Erforschung der Ptomaine und Toxalbumine, aus der Bakterienwirkung sich ergebende chemische Stoffe verdiente Gelehrte, werden. — Von Wichtigkeit erscheint ferner die Thatsache, daß Koch die Hilfsmittel für seine epochenmachenden Entdeckungen, abgesehen von dem schon genannten Brieger'schen Forschungs-Institut, zum guten Theile seinem Freunde, dem am Sendenberg'schen pathologischen Institut in Frankfurt am Main wirkenden Professor Karl Weigert verdankt, welcher sich durch seine Methoden der Bakterienfärbung, ohne welche solche kleine Mikroorganismen kaum sichtbar gemacht werden könnten, längst einen Weltkurs erworben hat.

Als Frankfurt am Main wird der „Nat.-Ztg.“ Folgendes telegraphirt:

Ueber die ferneren Heilerfolge bei den nach der Methode des Prof. Koch behandelten Patienten in Frankfurter Krankenhäusern berichtet der dortige „Generalanz.“ von autoritativer Seite folgendes: Ein 53jähriger Lupuskranker, der in der Frankfurter Armenklinik von Dr. Libbery eine Einspritzung erhielt, zeigte nach 10 Stunden die ersten entzündlichen Reaktionen in der tuberkulösen erkrankten rechten Gesichtshälfte und am Halse. Abends und Nachts stieg das Fieber auf vierzig Grad, ohne daß der Patient irgendwie Unbehagen verspürte. Der Knabe schlief gut, ab mit bestem Appetit. Heute Morgen ging das Fieber schon herunter, bald wird Entfieberung eingetreten sein. Die Lupusstellen, soweit sie als mit Tuberkelbazillen erfüllt angesehen werden mußten, gehen charakterische Veränderungen ein, welche auch der andere von Dr. Libbery behandelte Fall gezeigt hat. Von Interesse erscheint, wenn man jene beiden Krankheitszustände vergleicht, der Unterschied, daß bei dem zuerst behandelten Mädchen die Krankheit erst vier Jahre bestand, während bei dem Knaben der Lupus mit allen irdischen Mitteln über acht Jahre behandelt worden ist, theilweise auch schon vernarrt war. Trotzdem ist auch hier der Erfolg nicht ausgeblieben. Mit mathematischer Sicherheit haben sich auch für diesen Fall alle Voraussagen erfüllt, die Dr. Libbery auf Grund der Berliner Erfahrungen gestellt hatte.

Das letzte Opfer des Sozialistengesetzes aus dem 6. Wahlkreise Genosse Tappert verließ am Montag nach sechsmonatlicher Kerkerhaft im Madlenflügel, die Bastille am Plöbensee. —

Der Willkommensgruß Seitens der Genossen gestaltete sich zu einer Manifestation von so großartigem Umfange, wie sie Plöbensee und Umgegend wohl noch nie gesehen hat.

Als ich mit einigen Freunden, so schreibt man uns, wenige Minuten nach 2 Uhr von Moabit aus die Höhe der Eisenbahnbrücke erreicht hatte, blinkten schon die Helme der Gendarmen, welche die Straße vor der Anstalt herausgaloppirten in der Mittagssonne. Am Eingang zur Straße kam uns Genosse Tappert (an welchem die Gefängnisluft auch nicht spurlos vorübergegangen ist) schon entgegen, man hatte ihn $\frac{1}{4}$ Stunde früher herausgelassen! Von Minute zu Minute nahm nun die Zahl der herbeigeeilten Genossen immer größere Dimensionen an, so daß sie in Stärke von circa 2000 Mann, flankirt von 50 Schutzleuten zu Pferde und zu Fuß unter Führung eines Pioniers im Plöbensee Schützenhause einzogen.

Auf dem Wege dahin war auch Tappert's Familie eingetroffen und als die kleinen Kinder ihren Vater mit dem Rufe „Papa! Papa!“ um den Hals fielen, wurden viele Augen thränenfeucht.

Am der weißgebedekten und zur Stärkung unseres Genossen reichbesetzten Chrentafel, über die ein rothes Banner mit der Aufschrift: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ wehte, (welches auf Wunsch des Wirthes leider bald entfernt wurde und wie ich gehört, später in der Hochstraße von der Polizei konfisziert worden ist) nahm die Familie und die nächsten Angehörigen Platz.

Genosse Tappert, hinter welchem sich kaum die Kerkerthüren, zum Hinaustritt in die Freiheit geschlossen, betonte nun in einer kurzen Ansprache seine Unerfütterlichkeit als Sozialdemokrat und sprach in bewegten Worten seinen Dank für die unerwartete große Theilnahme aus.

Vor Eintritt der Dunkelheit wurde der Marsch zur Stadt angetreten und auf freiem Felde zwischen Sellen- und Triftstraße noch der Staat gerettet, indem die reitenden Schutzleute in die Masse hineinsprengten, um ein an der Stange befestigtes braun und weißes Taschentuch in ihre Obhut zu nehmen, was ihnen allerdings nicht gelang; desto besser ist ihr der Koup in der Hochstraße mit dem rothen Banner geglückt. Nun, dem Verdienste seine Krone!

Der beim Bau der Berliner Wasserwerke am Müggelsee beschäftigte Maurerlehrling Sommer aus Berlin ging gestern in der sechsten Abendstunde an einer auf dem Mauerwerk stehenden Kesselampe vorüber, stieß dieselbe um und der Inhalt der Lampe ergoß sich über den Unglücklichen. Im nächsten Augenblick loderten die Flammen an Körper des entsetzlich Schreienden empor, und wiewohl andere Bauarbeiter sofort zu Hilfe eilten und durch Aufwerfen von Decken das Feuer zu ersticken suchten, wurde S. doch entsetzlich am ganzen Körper zu gerichtet. Der Unglückliche wurde nach dem hiesigen Krankenhause Bethanien geschafft. Als der in der Nähe des S. arbeitende Maurer Träger den Unfall bemerkte, wollte er schnell zu Hilfe eilen, verlor jedoch beim Herabsteigen von der Leiter das Gleichgewicht, fiel hinunter und brach das rechte Bein.

Heinrich Bodt, Aktien-Gesellschaft für Gutfabrikation. Wir erwähnten kürzlich, daß die Bodt'sche Gutfabrikations-Aktien-Gesellschaft mit der Zöbe umgeht, den Aktionären die Liquidation des Unternehmens vorzuschlagen. Unsere Annahme, daß weder die Mac Anley Bill noch die scharfe Konkurrenz Ursache der „Engdrängung“ sei, findet sich vollumfänglich bestätigt durch die Ziffern, welche die Berlin-Gubener Gutfabrik über die Lage ihres Unternehmens veröffentlicht und ebenso durch die Mittheilungen, die uns von anderer Seite über den Gang des Geschäfts bei der

Berlin-Müddersdorfer und anderen Gutfabriken von Ruf werden. Diese Branche ist durchaus gesund und entwickelt sich, sofern die betr. Unternehmer nicht von vornherein an den Gründerjänden franken, in fortschreitender Prosperität. Die Annahme, daß die Gutfabrik „Heinrich Bodt“ s. Zt. von den Aktionären zu teuer bezahlt worden und deshalb nicht lebensfähig ist, scheint daher das Richtige zu treffen. Es verläutet, daß ca. 100 pCt. in der Masse liegen sollen, der Börsenkours von ca. 95 pCt. deutet auch darauf hin, daß diese Quote annähernd den richtigen Werth der Aktiva angiebt. Das damalige Agio von 32 pCt. gleich 884 000 M. auf das Aktienkapital von 1 200 000 M. zeigt also den Gründergewinn an. Das ist die Summe, um welche sich die Gründer bereichert haben. Es sollte uns nicht wundern, wenn jetzt der frühere Unternehmer selbst oder durch einen Beauftragten in der Liquidation das Etablissement zurückverkauft. Er hat dann kein schlechtes Geschäft gemacht. Er hat seine Fabrik wieder zurück und nebenbei einen sehr schönen Extragewinn, dessen Kosten die Aktionäre tragen.

Von „außerhalb“. Wenn auch der philiströse Berliner Lokalpatriot mit einer gewissen Geringschätzung auf die „Leute von außerhalb“ herabblickt, wenigleich er auch in keiner Weise von seiner Zugehörigkeit zur „Stadt der Intelligenz“ in geistiger Beziehung irgend etwas profitirt hat, so ist doch nicht zu verkennen, daß in dem Berliner Erwerbsleben die „Leute von außerhalb“ eine hochbedeutende Rolle spielen. Der öfter Gelegenheit hat, in privaten Stellenvermittlungsbüros zu verkehren, der wird sehr leicht die Beobachtung machen können, daß von den „Arbeitsgebern“, welche irgend welches Personal, irgend welche Arbeitskraft verlangen, bezüglich der Befehung der „offenen Stelle“ sehr häufig der Wunsch geäußert wird, „womöglich von außerhalb“. Derselbe Tonend giebt sich in den „Arbeitsmarkt“ der Zeitungen kund, in der Rubrik: „Gesuchte und verlangte Personen“ und derselben Tonend entspricht die Angebote von Arbeitskräften, in der gerechtfertigten Voraussetzung, daß dies verhängnisvolle „von außerhalb“ für die Arbeitssuchenden vielfach eine Empfehlung ist, welche ihnen vor den „Berlinern“ den Vorzug verleiht und ihnen eher als diesen die Gelegenheit zur Arbeit erschließt. In allen Gewerben und Erwerbszweigen machen die „Leute von außerhalb“ ihren Einfluß geltend und besonders sind es auch die Berliner Männer, welche unter diesen Einflüsse bzw. unter der Bevorzugung derer „von außerhalb“ in hohem Maße zu leiden haben. Während man doch gemeinhin anzunehmen berechtigt wäre, daß Leuten, die „von außerhalb“ nach Berlin kommen, mit den örtlichen Verhältnissen in keiner Weise vertraut, in Berlin überhaupt gänzlich fremd und unbekannt sind, es schwer fallen müßte, Arbeitsgelegenheit zu finden, macht man in Berlin gerade die Wahrnehmung, daß die Leute „von außerhalb“ gesucht, mit offenen Armen aufgenommen, in jeder Weise bevorzugt und in Arbeit gestellt werden, in dessen die sogenannten „Berliner“ arbeitslos auf der Straße liegen. Fragt man nach der Ursache dieses scheinbaren Widerspruchs, so ist das Geheimnis nicht schwer zu entdecken. Gerade, was denen „von außerhalb“ für die Erlangung von Arbeitsgelegenheit eigentlich von Nachtheil sein müßte, gilt in den Augen vieler Berliner Arbeitgeber als ein Vorzug; gerade das Fremdssein in Berlin, das Nichtvertrautsein mit den örtlichen Verhältnissen ist bei vielen Arbeitgebern die beste Empfehlung, denn dadurch erscheinen ihnen die Leute „von außerhalb“ als bessere und daher willkommenere Ausbeutungsobjekte und geben diese denen „von außerhalb“ bei Einstellung in Arbeit daher den Vorzug. Und thatsächlich ist es auch nicht zu verkennen, daß Leute „von außerhalb“ zu weit ungünstigeren Bedingungen Arbeit nehmen, als die aufgelaufenen Berliner Proletarier. Die Berliner Arbeiterschaft hält sogar etwas auf sich, sie erhebt Ansprüche, als Mensch zu existiren und die Berliner Arbeiter können nur im zwingendsten Nothfalle vernommt werden, unter Bedingungen Arbeit zu nehmen, zu denen Leute „von außerhalb“ ohne Besinnen ihre Arbeitskraft verkaufen. Leuten, die „von außerhalb“, vom platten Lande her, aus kleinen Städtchen nach Berlin kommen, erscheinen Arbeitsverhältnisse, welche Berliner Arbeitern als unannehmbar erscheinen, als eine Verbesserung ihrer Lage, ihrer bisherigen Lage. Unangenehm, wie sie sind, trennen sie sich ihres „Ergoismus“, merken gar nicht, daß und wie sie ausgebeutet werden; aus Furcht, ihre „günstige Position“ zu verlieren, halten sie sich von der Berliner Arbeiterschaft fern, der Ergoismus erwacht, und durch übermäßige Arbeitszeit suchen sie die Niedrigkeit der Löhne auszugleichen. Sie glauben, damit nur in ihrem eigenen Interesse, zu ihrem eigenen Vortheil zu handeln, während sie doch nur den ureigsten Wünschen der Arbeitgeber Rechnung tragen, deren Vortheil und Interessen wahren, und bedenken nicht, daß sie dadurch die Berliner Arbeiterschaft tief schädigen. Schwer fällt es, sie zur Arbeiterbewegung heranzuziehen, noch schwerer, sie einer Organisation einzuverleiben, sie anzuklären, ihren Individualismus zu brechen. Gelingt dies aber, haben sie endlich ihre Klassenlage erkannt, fangen sie an, mit derselben anzukämpfen zu sein, Ansprüche zu machen und Forderungen zu erheben, nun — dann ist auch für sie die Zeit gekommen, am eigenen Leibe zu erfahren, was sie selber einst in Unangenehmheit, in Individualismus und Ergoismus beging; dann ist auch für sie die Zeit gekommen, Leuten „von außerhalb“ Platz zu machen, die Straße zu bevölkern, umherzuirren nach Arbeit, zu suchen und nicht zu finden, das Heer der Arbeitslosen zu vermehren oder, durch die Noth gezwungen, um jeden Preis, unter jeder Bedingung zu arbeiten, sich ausbeuten zu lassen nach Willkür und dem Kapitalismus als willenlose Werkzeuge zu dienen. Dann kommt allerdings die Einsicht meistens zu spät, wenigstens bedarf es erst einer Nischenarbeit, um das, was verschuldet worden, wieder weit zu machen. Vorsicht ist bekanntlich besser wie Nachsicht, darum — Vorsicht, Ihr „von außerhalb“!

Durch Hinzu von einer Leiter verunglückte gestern Nachmittag im Maschinenraum der Elektricitätswerke am Schiffbauerdamm ein erst kürzlich nach Berlin übergesiedelter belgischer Junge, Namens Gustav van der Straaten. Er war bei dem Montieren einer Maschine beschäftigt und hatte zu diesem Zwecke eine Leiter aufgestellt. Kaum an der Spitze derselben angelangt, glitt er aus und stürzte aus einer Höhe von mehr denn 16 Fuß auf den Fußboden. Er erlitt dabei einen komplizirten Beinbruch und mußte schleunigst nach einer Heilanstalt überführt werden.

Polizeibericht. Am 12. d. M. Nachmittags fiel der beim Schienenbau am Mühlendamm beschäftigte Arbeiter Marloff infolge eines Fehltritts in eine ausgeschachtete Baugrube und erlitt dabei so schwere Verletzungen am Kopfe, daß er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Abends vergiftete sich ein Handlungsgehilfe in seiner Wohnung, in der Landsbergerstraße, vermuthlich mittelst Blausäure. — Zu derselben Zeit fanden zwei kleinere Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Die Unannehmlichkeiten, welche sich oft an eine Zeugenschaft anschließen, sollte auch der Kofäth Wilh. St. kennen lernen, der sich vor dem hiesigen Landgericht I wegen fahrlässigen Mordens zu verantworten hatte. Ein Dienstmädchen H. hatte gegen einen Viehhändler L. eine Privatklage wegen Körperverletzung angestrengt und der darin als Zeuge vernommene Kofäth St. hatte beschworen, daß die Angaben des Dienstmädchens, wonach sie am 18. Oktober, 7 Uhr, auf der Straße von dem Viehhändler geschlagen sein wollte, nicht richtig sein könnte, weil er, der damalige Zeuge, mit dem Verklagten an jenem Tage etwa von 1/27 Uhr bis 9 Uhr ununterbrochen in seiner Wohnung gewesen sei, dieselbe also gar nicht verlassen habe. Die Privatklägerin wurde daraufhin abgewiesen, sie denunzirte nun aber wegen fahrlässigen Meineids gegen St. Sie beschwor in der Verhandlung, daß sie am 18. Oktober, Abends 7 Uhr, thatsächlich auf der Straße geschlagen worden sei un-

mehrere Zeugen beauftragt, daß der Viehhändler L. an dem qu. Tage, Abends 7 1/2 Uhr, in der Wohnung eines gewissen Salomann gewesen sei, um dessen Pferd für den nächsten Tag zu leihen. Die Staatsanwaltschaft folgerte hieraus, daß L. jahrlänglich etwas falsches beschworen habe und beantragte ein jezt Lage Gefängnis. — Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Leop. Meyer, führt dagegen eine Reihe von Zeugen vor, welche bezeugen, daß Herr L. das ou. Pferd des Salomann erst am 18. Oktober in Benutzung genommen habe und da Herr L. selbst bezeugt, daß er am Tage vor der Benutzung des Pferdes bei Salomann gewesen, so kann er nicht am 16., sondern erst am 17. Oktober dort gewesen sein. Der Vertheidiger beanspruchte auch aus juristischen Gründen die Freisprechung, weil Angeklagte die Zeit nicht genau bestimmt, sondern durch das Wort „etwa“ nur ungefähr angegeben habe. Es wäre Sache des Richters im Privatklageprozeß gewesen, einer so unbestimmten Zeitangabe keinen Werth beizumessen, thät er dies dennoch, so könnte dem Angeklagten keine Schuld beigemessen werden. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung.

Höchst widersprechende Urtheile der Schreib-Sachverständigen traten wiederum in einer Verhandlung zu Tage, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der bei der städtischen Kanalisation angeestellte Sekretär Karl Graßmann sollte sich der verlesenen gerichtlichen Befehle eines Vorgesetzten und der wesentlich falschen Anschuldigung schuldig gemacht haben. Im Mai d. J. ging bei dem Magistrat ein anonymes Schreiben ein, in welchem gegen den städtischen Baumeister Zakowski schwere Beschuldigungen erhoben wurden. Der Briefschreiber behauptete, daß J. seit langer Zeit den Magistrat fortgesetzt betrüge, indem er falsche Lohnlisten und Rapportzettel anfertige. Außerdem wurde der sonstige Lebenswandel des Baumeisters in einem trüben Lichte geschildert. Der Chef der städtischen Baudeputation, Bau Rath Dr. Dobrecht, trat der Sache näher, es stellte sich aber heraus, daß alle Anschuldigungen aus der Luft gegriffen waren und daß der ganze Geschäftsengang überhaupt so eingerichtet war, daß eine Befassung der Lohnlisten und ein dadurch verübter Betrug gar nicht angehen konnte. Der Verdacht, diesen Brief geschrieben zu haben, hat sich aus verschiedenen Gründen auf den Angeklagten gelenkt. Graßmann, der auf demselben Bureau wie der Baumeister J. arbeitete, hat mit demselben verschiedene Streitigkeiten gehabt und durfte annehmen, daß seine Vernehmung vom Sekretär zum Rechnungsführer, die kurz vor dem Einlaufen des fraglichen Briefes stattfand und wodurch Graßmann zwar nicht an Gehalt, wohl aber an Autorität einbüßte, auf den Einfluß des Baumeisters J. zurückzuführen sei. Der Angeklagte bestritt mit Entschiedenheit, daß er der Thäter sei, oder daß er irgend welche Veranlassung gehabt, dem Baumeister J. feindselig gesinnt zu sein. Der als Sachverständiger geladene Hof-Rath Schübe gab sein Gutachten zu Ungunsten des Angeklagten ab. Er führte eine ganze Menge übereinstimmender Kennzeichen zwischen den Schriftzügen des fraglichen Briefes und denen von anerkannten Schriftstücken des Angeklagten an, woraus er schloß, zu müssen glauben, daß derselbe der Verfasser des Briefes sei. Dagegen waren vom Vertheidiger, Rechtsanwalt Gottschalk, zwei andere Sachverständige geladen worden, welche dem Gutachten des Herrn Schübe widersprachen. Es waren dies der Geheimrevisor im Ministerium für öffentliche Arbeiten, Kanzleirat Hauptner, und der Bureauvorsteher Bießer. Bei den widersprechenden Ansichten der Gutachter konnte der Gerichtshof eine Entscheidung nicht treffen, sondern beschloß, als vierten Sachverständigen noch den Schreiblehrer Professor Raab zu laden.

Soziale Uebersicht.

An die Metallarbeiter der Provinz Brandenburg. Kollegen! Um die Beschlässe des letzten Metallarbeiter-Kongresses ihrer Verwirklichung entgegenzuführen, ist es erforderlich, daß die Metallarbeiter Brandenburgs ebenfalls einen Delegirtenkongress abhalten. Der Unterzeichnete beruft daher, im Einverständnis mit den Berliner Kongressdelegirten einen solchen für Sonntag, den 23. Dezember nach Berlin ein. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Delegirten über die örtlichen Verhältnisse. 2. Mitführung der Weimarer Kongressbeschlüsse betreffs der Heilunterstützung, des Arbeitsnachweises, des Bergbauwesens am besten durch? 3. Gründen wir für die Provinz Brandenburg eine Agitationsklasse? 4. Wahl eines Bezirks-Vertrauensmannes. 5. Anträge der Delegirten.

Kollegen und Freunde! Auf die Nothwendigkeit einer zahlreichen, alle Branchen des Metallgewerbes umfassenden Beschickung des Delegirtenkongresses brauche ich wohl nicht besonders hinzuweisen. Die Delegirten müssen in öffentlichen Versammlungen gewählt werden. Als Legitimation ist ein von dem Bureau der Versammlung, in welcher die Delegirten gewählt wurden, ausgefertigtes Mandat mitzubringen. Alle hierauf bezüglichen Anträge und Zuschriften sind an den Unterzeichneten zu richten. Mit kollegialem Gruß! J. A. der Berliner Kongressdelegirten Reinhold Pehold, Vertrauensmann der Schlosser und Maschinenbauer Berlins und Umgegend, Wilhelmstr. 15.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter der Provinz werden um Abdruck gebeten.

Aufruf an die Maurer Charlottenburgs! Kollegen, gedenkt des Beschlusses des Parteitages zu Halle, tretet alle Mann für Mann dem Interessensverein der Maurer bei, zeigt, daß Ihr im wahren Sinne des Wortes Sozialdemokrat seid. Oft ist mir die Antwort zu Theil geworden: „Ach, ich kümmere mich bloß um's Politische.“ Fort mit diesen falschen Gedanken. Erklärt Euch mit den Gemäßigten solidarisch, die hungern durch den Bauzaun sehen müssen. Es ist eine Schande für uns, daß unser Verein nur 51 Mitglieder zählt. Es ist eine Schande, daß Charlottenburg in der Abrechnung nur mit 150 M. verzeichnet steht. Sammelt fleißig zum Generalrathe und organisiert Euch. Oder sind 47 1/2 Pf. zu viel Lohn? Adolph West, Vertrauensmann der Maurer Charlottenburgs.

Die Aussperrung der Erfurter Schuhmacher. Seit mehreren Jahren arbeitete in Kienstadt i. Th. ein Zweiter Rannens Geide, welcher in gewerkschaftlicher wie politischer Hinsicht stets seine Schuldigkeit that. Hierdurch wurde er bei seinem Fabrikanten mißliebiger und es wurde nach einem Grund gesucht, ihn entlassen zu können. Vor etwa fünf Wochen ließ sich Geide eines Sonntags Mittags seinen Lohn geben, weil seine Frau einige Einkäufe zu machen hatte, er selber arbeitete dann bis Feierabend. Nun wurde Geide von seinem Chef beschuldigt, am Abend seinen Lohn noch einmal empfangen zu haben. Die Lohnauszahlung geschieht in folgender Weise: Das Geld wird in Blechbüchsen gelegt, diese kommen in den Arbeitsraum, wo alsdann Jeder seine Büchse nimmt. Der Fabrikant behauptet nun, daß die Büchse des Geide wieder mit dabei gewesen sei, während Geide und seine Kollegen auf Ehrenwort versichern, daß dies nicht der Fall gewesen ist; überhaupt soll die Büchse erst am Montag zum Vorschein gekommen sein. Selbstredend vertheidigte sich Geide gegen eine solche Anschuldigung, worauf ihm gesagt wurde: „Wegen Ihres groblichen Auftretens sind Sie entlassen.“ Hierauf wandte sich Geide nach Erfurt, wo er in der Fabrik von Herr u. Wieselhauer Arbeit fand; nachdem er vier Wochen hier in Arbeit gestanden, wurde er plötzlich entlassen. Wahrscheinlich hatten die Anführer Fabrikanten den Aufenthalt des Geide erfahren und es nun für ihre Pflicht gehalten, dafür zu sorgen, daß Geide wieder arbeitslos wurde. Auf die Anfrage seiner hiesigen Arbeitskollegen wurde ihnen von Seiten des Fabrikanten die Angabe der Gründe kurzweg verweigert mit dem Bemerkten: „Wem der Geide nicht paßt, könne ebenfalls gehen.“ Zu bemerken ist hier, daß die Fabrikanten bei Abschluß der Frühjahr's-Lohnbewegung

